



Getreidemäher  
Grasmäher  
Pferderechen  
alle Ersatzteile  
offertiert  
**Woldemar Günter**  
Landmaschinen, Felle u. Osle.  
Poznań,  
Sew. Mielżyńskiego 6.  
Telephon 52-25.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postcheckkonto für Deutschland  
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.  
(Anzeigenteil 15 Groschen.)  
für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 45 Groschen.)  
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 135 gr  
Auslandsinserate: 100 % Aufschlag.Erscheint  
an allen Wochentagen.Fernsprecher: 6105, 6275.  
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.Postcheckkonto für Polen  
Nr. 200 283 in Posen.Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 3.50 zł, bei den Ausgabestellen 3.70 zł, durch Zeitungsboten 3.80 zł.  
durch die Post 3.50 zł ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4 Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die neue Regierung vereidigt. Um die Verfassungsänderung.

Gestern fand im Warschauer Schloß um 5 Uhr nachmittags die Vereidigung der neuen Regierung Bartel statt. Darauf trat der Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zusammen. Zur Erweiterung der Mitarbeit des Staatspräsidenten beschloß der Ministerrat seine Arbeiten so zu gestalten, daß jeder Punkt der Tagesordnung der Ministerratssitzungen vom Staatspräsidenten aufgeschaltet werden kann, um entweder vom zuständigen Minister eine Aufklärung zu verlangen oder zu bestimmen, daß die betreffende Vorlage Gegenstand einer Ministerratssitzung unter seinem Vorsitz sei. Der Ministerrat führte im weiteren Verlauf der Sitzung die allgemeine Aussprache über einen Gesetzentwurf, der die Verfassung vom 17. März ändert und ergänzt. Die ausführliche Diskussion wird in der Freitagsitzung in Anwesenheit des Staatspräsidenten fortgeführt werden.

### Gerüchte und Parteiberatungen.

Dem „Kurjer Poznań“ wird aus Warschau gemeldet: „In politischen Kreisen spricht man davon, daß zum Landwirtschaftsminister und Kultusminister Persönlichkeiten berufen werden sollen, die aus ruderen Teilgebieten Polens stammen als aus Kongresspolen. Ob zugleich auch das Außenministerium besetzt werden wird, ist vorerst noch schwer zu sagen. Änderungen auf anderen Posten sollen in der nächsten Zeit eintreten. Wir brachten kürzlich das Gerücht von der Befragung des Staatssekretärs des Eisenbahnministeriums durch den Abg. Moraczewski. Gestern nachmittags hat Herr Bartel den Abg. Moraczewski zu sich gebeten und ihm tatsächlich die Übernahme des Vizepräsidenten des Eisenbahnministeriums angetragen. Da der Premier Bartel fortwährend mit Angelegenheiten beschäftigt ist, die sich aus seiner Ministerpräsidentenschaft ergeben, dürfte die neue Ernennung die formelle Übertragung der Leitung des Eisenbahnministeriums an Herrn Moraczewski bedeuten. Moraczewski hat erklärt, eine laute Antwort erst nach entsprechenden Überlegungen geben zu wollen.“

Der Vorstand des Klubs der Christlichen Demokratie hielt verabschiedende Beratungen unter dem Vorsitz des Senators Adamski über die neue Lage ab. Die „Wyzwolenie“ beriet ebenfalls in engerem Kreise und faßte einige interne Beschlüsse. In der Diskussion offenbarte sich eine abgeklärte Haltung gegenüber der neuen Regierung des Herrn Bartel. Der Klub der Sozialistenpartei gab nach seinen Beratungen einen Kommentar heraus, in dem es u. a. heißt: „Der Vorstand der Sozialistenpartei sieht im Augenblick seine Hauptaufgabe darin, die Auflösung des Sejms und sofortige Anordnung von Neuwahlen spätestens in der ersten Hälfte des Oktober auf Grund der bisherigen Wahlordnung herbeizuführen. Die Partei verlangt eine Aenderung des Schulwesens und der Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, sowie eine Amnestie.“

Der „Kurjer Gzernomy“ will aus maßgebender Stelle erfahren haben, daß man sich am Herrn Gliwie privatim mit dem Vorschlag gewandt habe, das Finanzministerium zu übernehmen. Herr Gliwie erklärte, daß der Finanzministerposten für ihn unpassend wäre.

### Rücktritt Karpinski's?

In Warschau kreist das Gerücht, daß der polnische Reichsbankpräsident, Stanisław Karpinski, von seinem Posten zurücktreten soll. Als Nachfolger wird der frühere Direktor der Handelsbank (Bank Handlowy), Antoni Wieniawski, genannt.

### Die Haltung des ehem. preuß. Teilgebiets.

Eine Warschauer Meldung des „Kurjer Poznań“ lautet: „Vor-gestern sind Delegationen der westlichen Teilgebiete in Warschau eingetroffen. Der Delegation Großpolens gehören an: Professor Paczowski, Direktor Samulski, Lange, Stadth. Libera und Chleczynski. Die Delegation Kommerellens besteht aus den Herren Doniminski, Dobski, Noszka, Offowski und Antczak. Unter den Delegierten Ober-schlesiens haben wir den Rechtsanwalt Sobolinski, den Vize-präsidenten der Ratowitzer Stadtverordnetenversammlung, Herrn Sawrzh, und den Abgeordneten Sojchanski. Der Premier Bartel empfing gestern die drei Abordnungen, von denen be-sondere Denkschriften unterbreitet wurden, in denen die Hal-tung der westlichen Teilgebiete präzisiert wird. Heute mittag werden die Delegationen vom Staatsprä-sidenten empfangen.“

### Vom Seniorenkonvent des Senats.

Dem „Przegląd Poranny“ wird aus Warschau gemeldet: „Zum gestrigen Mittwoch hatte der Senatsmarschall Trampczyński eine Senatsitzung zur Erörterung von drei Gesetzentwürfen einberufen, die vor einiger Zeit vom Sejm erledigt worden waren. Mittags verlangten die Vizepräsidenten des Senats, Mosnicki und Rójer, die vorherige Einberufung des Seniorenkonvents, worauf der Marschall Trampczyński einging. In der Sitzung des Konvents erklärten die beiden genannten Senatoren, daß kein Grund vorliege, eine Vollziehung des Senats ein-zuberufen, da die in der Verfassung vorgesehene Frist von 30 Tagen seit der Annahme der Gesetzentwürfe durch den Sejm bereits verfließen sei. Dagegen opponierte die Rechte, indem sie darauf hinwies, daß der Senat wegen der Mai-Ereignisse nicht habe zusammenzutreten können, daß also eine höhere Gewalt hindernd im Wege gestanden habe. Der Vorsitzende der Senatskommission für Rechtsfragen, Senator Ringel, erklärte, daß es sich hier um die Auslegung des Artikels 85 der Verfassung handle, was der Senat selbst nicht vornehmen könne, da die Auslegung der Ver-fassung nicht zum Bereich seiner Kompetenzen gehöre, daß die Verfassung vielmehr nur zusammen mit der Regierung oder dem Sejm ausgelegt werden könne. Dieser Standpunkt wurde auch von anderen Mitgliedern des Seniorenkonvents geteilt, worauf der Marschall Trampczyński die Vollziehung des Senats so daß der Marschall Trampczyński die Vollziehung des Senats abberief und erklärte, daß um 7 Uhr abends der Seniorenkonvent nach einer vorhergehenden Konferenz mit der Regierung wieder zusammenzutreten sollte. Der Senatsmarschall Trampczyński begab sich zum Premier Bartel, der nach einer Verständigung mit dem Staatspräsidenten dem Marschall die Ant-wort gab, daß der Finanzminister Malowski einen entsprechen-

den Kommentar zum Artikel 85 der Verfassung im Laufe des heutigen Vormittags vorbringen werde. Angesichts dessen wurde der Seniorenkonvent von Herrn Trampczyński auf heute nach-mittag 4 Uhr einberufen.“

### Die Notwendigkeit von Verfassungs-änderungen.

#### Ein Beschluß der polnischen Juristen.

Kraus, 8. Juni. Die ständige Delegation der juristischen Vereinigungen und Institutionen, die hier am 2. d. Mts. zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten war, faßte folgenden Beschluß:

Im Gefühl der Bürgerpflicht, die auf den Repräsentanten des polnischen Rechts lastet, hat die ständige Delegation der juristischen Vereinigungen und Institutionen als oberstes Organ für die Meinung von 40 juristischen Organisationen des polnischen Staates anerkannt, daß die derzeitigen Verhältnisse der Republik die dringende Notwendigkeit erheischen, unverzüglich auf dem Wege der Konstitution folgende Gesetze zu erlassen:

1. über die Erweiterung der Staatspräsidenten, der vor allem das Recht haben muß, durch eigene Machtvollkommenheit den Sejm und den Senat aufzulösen;
2. über die Ermächtigung des Staatspräsidenten zur Bildung einer beratenden Körperschaft unter der Bezeichnung „Staatsrat“, der sich aus Mitgliedern zusammensetzen würde, die durch den Staatspräsidenten ernannt werden und die ihr Gutachten über die zu erlassenden Dekrete abzu-gaben hätten;
3. über die Ermächtigung des Staatspräsidenten, während der Pausen zwischen den Sessionen des Sejms und des Senats auf Grund eines Gesetzes Dekrete zu erlassen unter zwei Bedingungen:

- a) daß diese Verordnungen zuvor dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt,
- b) daß nach dem Zusammentreten der gesetzgebenden Körperschaften diesen die Dekrete zur Bestätigung vorgelegt werden.

Die ständige Delegation der juristischen Vereinigungen und Institutionen hat ferner anerkannt, daß es unbedingt notwendig ist:

1. Eine Aenderung der Wahlordnung durchzuführen und im besonderen die Zahl der Abgeordneten und Senatoren zu verringern und in das Parlament Männer zu berufen, die für eine gesetzgeberische Arbeit entsprechend vorbereitet sind;
2. die Konstitution in Bezug auf die Gestaltung und die Kompetenz des Senats abzuändern.

Gleichzeitig faßte die ständige Delegation den Beschluß, eine besondere Kommission ins Leben zu rufen, die ent-sprechende Gesetzentwürfe auszuarbeiten hätte und diesen Beschluß der Regierung durch Vermittelung des Justiz-ministers zur Kenntnis zu bringen.

### Zur Schulfrage der Minderheiten in Polen und in Deutschland.

Die Polnische Sozialistische Partei erklärte seinerzeit bei ihrem Austritt aus dem Kabinett Strzyński: „Trotz unserer Be-mühungen, eine Aenderung der Beziehungen zu den natio-nalen Minderheiten herbeizuführen, hat der Unterrichts-minister Grabski die litauischen Schulen in Polen geschlossen und den Ukrainern und Weißrussen ungefähr 1000 Schulen weggenom-men, indem er sie in zweisprachige, d. h. in der Praxis in polnische verwandelte.“

Angefaßt gleichzeitig hielt der preussische Regierungsdirektor Eckardt auf einer erziehungswissenschaftlichen Tagung einen Vor-trag über den polnischen Unterricht im Regierungsbezirk Allenstein, den die Polen immer als Beispiel für die angebliche Unterdrückung der Wünsche nach polnischem Schulunterricht hinstellen. Alle Er-ziehungsberechtigten im Regierungsbezirk Allenstein sind unmittel-bar darüber befragt worden, ob sie für ihre Kinder polnischen Reli-gionsunterricht und polnischen Schreib- und Leseunterricht haben wollten, und gegen den Willen der Schulverbände, die sich gegen die Bewilligung des notwendigen Mehraufwandes sträubten, sind von höheren Instanzen die nötigen Gelder bereitgestellt worden, um derartigen polnischen Unterricht schon dann einzurichten, wenn nur 12 Kinder hierfür angemeldet waren. Es war ferner dafür gesorgt, daß die Erziehungsberechtigten sich vollkommen frei ent-scheiden konnten, teilweise sogar durch ein besonderes geheimes Abstimmungsverfahren. Im ganzen verlangten darauf 100 Er-ziehungsberechtigte den polnischen Unterricht. In drei Schulver-bänden ergab sich die Mindestzahl von 12 Schülern, und in diesen Schulverbänden wird der polnische Unterricht bereits erteilt.

Diese Gegenüberstellung polnischer und deutscher Praxis wirkt ein charakteristisches Schlaglicht auf die Lage der Minderheiten in beiden Staaten.

#### Empfänge des Premiers.

Der Premier Bartel empfing gestern den Abgeordneten Komocki von der Christlichen Demokratie, den Senator Mo-wicki, den Senatsmarschall Trampczyński, den Minister Malowski und eine Delegation aus dem Dabrowoer Kohlen-revier.

#### Die Mission Kemmerers.

(Pat.) Die „Washington-Post“ bringt einen Leitartikel über die Mission des Professors Kemmerer. Das Blatt sieht in ihr einen Beweis der Solidität der polnischen Bestrebungen, wobei es auf die Notwendigkeit hinweist, der Berliner Sensations-propaganda (?) entgegenzuwirken. Im weiteren Verlauf äußert die „Washington-Post“ ihre Befriedigung darüber, daß sich Polen an Amerika wende, und meint, daß Polen Vorteile erwachsen, da die amerikanische Mission politische Ziele hat sei.

### Tage der Sorge.

Der Verfasser des nachstehenden Artikels zeigt uns in überzeugenden Bildern die Gefahren einer ewig. Inflation, deren Wirkung zum Teil verblüfft ist. Obwohl wir in allen Punkten sachlich mit dieser Auffassung nicht übereinstimmen, soll dieser Stimme Raum ge-gaben sein. Schriftleitung des „Posener Tageblattes.“

Wir haben uns schon daran gewöhnt, daß ein jeder von unseren Finanzministern, wenn er seinen Thron be-steigt, zuallererst uns hoch und teuer schwört, daß er alles andere im Sinne hat, als eine abermalige Inflation zuzulassen. Aber es vergehen recht wenige Wochen, und schon lesen wir, daß entweder der Wilson (Prägung der minderwertigen Scheidemünzen) in größeren Mengen, als es zu-lässig ist, in Umlauf gesetzt wird, oder daß uns so und so viele Schatzscheine auf den Geldmarkt geworfen werden. Die Folge davon ist immer ein und dieselbe: der Papierklotz fällt, und unser Leben gestaltet sich immer jammervoller.

Es ist von geringem Trost, wenn man uns verkündet, daß in Warschau sogar schon regelrechte Goldmünzen ge-prägt worden sind, wenn kein Mensch diese Goldfische hier jemals zu Gesicht bekommt, dafür aber die Brot- und Gemüsepreise allwöchentlich steigen, der Arbeitslohn derselbe bleibt, und die Ar-beitslosigkeit zunimmt.

Nun, wir können den Herren Finanzministern wirklich keinen Vorwurf daraus machen, daß sie die Löcher im Staatsausgabekonto so zu stopfen versuchen, wie es eben geht. Pumpen können wir nirgends mehr. Das Ausland hat kein Vertrauen für ein Land, wo alle paar Monate die Regierung stürzt und wo keine Zollltarife, keine Eisenbahn-tarife, keine Valorisationspraxis und keine Valuten-verkehrsvorschriften ihre Beständigkeit länger als etliche Wochen bewahren. In solchen Ländern kann man ja nie-mals richtig kalkulieren, nichts auf Kredit geben, nichts unternehmen! Also, keine Auslandsanleihe. Da aber das Land durch den Steuerdruck schon an seiner Lebenssubstanz angegriffen wird, so kann es auch keine Innenanleihe geben. Steuern fließen mäßig ein, Zwangseinziehungen werden bald unmöglich werden. Also, — um nur am aller nächsten „Ersten“ dem Militär- und dem Beamtenapparat den Lohn bezahlen zu können, — muß unbedingt mit einer abermaligen Inflation begonnen werden, wenn nur die gesamte bisherige Innenpolitik nicht auf den Kopf ge-stellt wird, und wenn somit nicht:

1. die Hälfte der Beamten durch wählbare Ehren-posten ersetzt werden, wobei die Juden, Ruthenen und Deutschen sofort zu ihrem guten Rechte auf politischem Ge-biete kämen, und wenn
2. die Armee nicht um zwei Drittel reduziert wird.

Da beides bei der bisherigen psychologischen Einstellung der verheerenden Volksmasse und der „erzpolnischen“ führenden Kreise undenkbar ist (wenn es eigentlich auch die e i n z i g e Rettung Polens ist), so müssen wir uns auf eine wieder-holte Inflationsperiode vielleicht gefaßt machen.

Die Herren Sozialisten drängen auch förmlich nach dieser Richtung hin. Warum gerade diese Partei der „arbeitenden Proleten“ sich für die Inflation einsetzt, war und bleibt mir unbegreiflich. Ich bin selber ein ar-beitender Prolet und berechne mit Grauen, was nun werden soll, wenn die Inflation, die richtige, die unseren Klotz nicht um 50—60 Prozent im Jahre wie bis dato, sondern in einer beschleunigten Progression, alltäglich minderwertiger machen wird, eintreten wird. . . .

Wollen wir einmal logisch denken. Ein Arbeiter pro-duziert in den sechs Tagen der Arbeitswoche eine gewisse Quantität der Ware, die wir „W“ nennen wollen. Dafür bekommt dieser Arbeiter vom Fabrikanten seinen Wochen-lohn, den wir „L“ nennen wollen. Dieser Wochenlohn wird in Klotz ausgezahlt, dessen Höhe wir pro 1 Tag mit „Z“ ausdrücken. Nehmen wir an, daß der Kurs-sturz des Klotz nur 15 Prozent in der Woche ausmacht, und wir erhalten folgendes Bild: Der Arbeiter leistet alltäglich die gleiche Arbeit, das heißt ein Sechstel „W“, und erhält ziffernmäßig auch den gleichen Wochen-lohn in der Höhe von einem Sechstel „L“. Der Fabrikant erhält also den Vollwert von 6 W pro Woche. Der tat-sächliche Wert der Belohnung macht indes nur am Mon-tag ein ganzes „Z“ aus; am Dienstag schon gleich der Lohn nur noch 0,97 Z, am Mittwoch nur 0,95 Z, am Donnerstag 0,88 Z, am Freitag nur noch 0,86 Z und am Sonnabend gar nur 0,85 Z! Somit, anstatt des Gegen-wertes der 6 „Z“ in Goldwährung, erhält der Arbeiter für seine sechstägige Arbeitsleistung von 6 „W“ nur 5,51 Z, d. h. der Fabrikant steckt sich die Differenz zwischen 6 Z und 5,51 Z = 49 Z ruhig in Gestalt des Uberschusses von 0,49 W v. Waren ein. Wenn die Arbeiterklasse dann einmal Krach schlägt und die Ziffer des Wochen-lohnes sich auch gar verdoppeln läßt, so ringt ja der Fabri-kant, anstandshalber, die Hände und schreit Zeter und Mordio, in Wirklichkeit aber verliert er nicht das Geringste, da doch die Inflation sozusagen alltäglich vor sich auch fürder gehen wird, und zwar in einem beschleunigten



Tempo, die Auszahlungen der Löhne dagegen nicht allmählich, sondern höchstens allwöchentlich, meistens aber vierzehntäglich oder gar monatlich getätigt werden. Je länger die Auszahlungsfristen, um so mehr schadet der Arbeitgeber den Arbeitnehmer vermittels der Inflation, und da liegt der eigentliche Grund dafür vor, daß in der Inflationszeit hauptsächlich die sogenannten Kopparbeiter, die monatlich besoldet werden, die Beamten, Offiziere usw., total ruiniert werden und beinahe des Hungertodes zu sterben haben, der Arbeiter schon etwas weniger leidet, der reiche Produzent aber dabei profitiert! Inflation ist die Brutzeit der Neureichs, die Sterbenszeit der ehrbaren Arbeiter, ob Schwarzarbeiter, oder auch Kopparbeiter, ob Beamter oder Jünger der freien Berufe.

Ich wiederhole: die letzten sechs Jahre lang anhaltende Heze der Chaubinisten in dieser unferen armen Heimat Polen haben eine jähe Umgestaltung des inneren Staatslebens im Sinne der Sparankeit zur politisch-vollschologischen Unmöglichkeit gemacht; und ohne diesen Weg einschlagen (sofort!) zu können, bleibt der Warschauer Regierung offensichtlich nichts mehr übrig, als eine abermalige Inflation, mit allen darauffolgenden Schrecken für denselben Mittelstand, der ja gerade die Reichen der Herren Gendeken, Okazisten und sonstiger Hurrapatrioten füllte.

Ja, fürwahr, es gibt einen lieben Herrgott, und alles Böse rächt sich auf Erden!!

Dr. E. v. Behrens.

## Der Ausnahmezustand in Pommerellen.

### Urteile der Rechtspreffe.

Zur Verhängung des Ausnahmezustandes in der Throner Wojewodschaft schreibt der Krakauer „Głos Narodu“ u. a.: „Die Suspendierung der bürgerlichen Rechte in Pommerellen hat im ganzen Staate große Verwirrung hervorgerufen. Eigentlich hat der Ministerrat den Ausnahmezustand für zwei Wojewodschaften, die Posener und die pommerellische, beschlossen, und nur der Minister Miodzianowski hat bisher diese Verordnung nicht auf Großpolen ausgedehnt. Es kann übrigens sein, daß er es noch tut. Zum ersten Male geschieht es, daß die Regierung über die Motive ihres Schrittes, der doch die Suspendierung einiger ungeheuer wichtiger Artikel der Verfassung bedeutet, der Bevölkerung keinen Aufschluß gibt. Nach Art. 124 der Verfassung kann die Suspendierung der bürgerlichen Rechte nur erfolgen während eines Krieges, oder wenn der Ausbruch eines Krieges droht, oder auch im Falle innerer Unruhen oder ausgedehnter Unruhen hochverräterischen Charakters.... Verständlich war der Ausnahmezustand nach dem 12. Mai, der in Großpolen und Pommerellen bis zum Beginn dieses Monats dauerte; er war damals gerechtfertigt und hervorgerufen durch einen tatsächlichen Bürgerkrieg, der außerhalb der Grenzen beider Wojewodschaften im Gange war. Seit der Wahl des Präsidenten ist die Umsturzperiode vorbei, und deshalb wurde der Ausnahmezustand überall aufgehoben. Was hat sich seitdem Neues ereignet, daß er zwei Tage später in Pommerellen wieder eintritt, und daß beabsichtigt ist, in Großpolen die verfassungsmäßigen Freiheiten aufzuheben: Verbot von Versammlungen und Kundgebungen, strenge Zensur der Presse und sogar Einschränkung des Straßenganges?

Wenn die Ursachen dieser Beschränkung Translokationen deutscher Militärs sind, so liegt in dieser Feststellung ein unfreiwilliges Zeugnis der Tatsache, daß einem unserer Nachbarn der Mainaustand eine willkommene Gelegenheit zur Verwirklichung seiner bekannten Ziele bot... Die Führer der Empörung hatten gemessen die moralische Pflicht gehabt, am 12. Mai darauf ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Wir dürfen indessen, daß Deutschland im gewissen Maße nur einen Vorwand bildet für Jowde, zu denen man sich öffentlich nicht bekennen will. Oder denkt man nicht an die spezielle Beziehung der beiden Wojewodschaften, die bisher die Vorteile des Umsturzes und der Regierungen Pilsudskis nicht schätzen gelernt haben, oder beabsichtigt man nicht die Presse und die öffentliche Meinung zu knebeln, die in Thron und Brauberg eine Sprache redet, die für Pratorianer-Ohren nicht sehr lieblich klingt. Wenn solche Absichten tatsächlich beständen, so müßte man den Schritt der Regierung als besonders riskant ansehen. Den westlichen Gebieten will Warschau nach dem 15. Mai nicht imponieren, und überdies hat es sich von ihnen weit, weit nach

Osten entfernt. In Pommerellen und Großpolen zeigt sich ein sehr gefährlicher Separatismus, so gefährlich, wie man ihn sich nur vorstellen kann, nämlich der Separatismus der höheren Ethik und der höheren Kultur. Beseitigen kann man ihn nur auf eine Art: dadurch, daß man sich dieser Ethik und Kultur anpaßt. Diejenigen, die auf eine Wirkung des Ausnahmezustandes rechnen, würden denselben Irrtum begehen, wie Stolypin und Skalon. In Polen und in Pommerellen herrscht die größte Ordnung im Lande und eine nationale Disziplin, wie sie größer im Lande nicht besteht. Ausnahmezustand, welcher Art sie auch sein, könnten diese Ruhe nur verwirren und eine Gärung hervorrufen.“

In der „Gazeta Warszawska Poranna“ heißt es über denselben Gegenstand:

„Wenn jemand auf Grund des Beschlusses des Ministerrats über die Verhängung des Ausnahmezustandes in den Westgebieten sich über die Lage im Inneren Polens orientieren wollte, so würde er leicht zu der Ueberzeugung kommen, daß Pommerellen und Posen von der Flut der Anarchie umringt sind, deren Unterdrückung die schärfsten Mittel erfordert, während das übrige Polen in der geeigneten Atmosphäre des Friedens und der Ordnung atmet. Ob sich der Minister Miodzianowski von dieser inneren Lage Polens ein solches Bild gemacht hat, wissen wir nicht. Wir sind indessen der Ansicht, daß er als Minister des Innern gewisse Tatsachen kennen muß, die weitest Schichten bekannt sind und die die öffentliche Meinung ungemein beunruhigen.“

So wurden im Gebiet von Kielce vor einigen Tagen verhängene Ueberfälle auf Güter bezeichnet, Ueberfälle, die solche Ausdehnung annahmen, daß die Polizei damit nicht fertig werden konnte und zwei Kompanien Soldaten zu Hilfe anfordern mußte. Bedrohliche Nachrichten über Erhebung der schlimmsten Instinkte unter den bäuerlichen Massen kommen aus den Ostgebieten. Wozu übrigens nach Kielce und nach den Ostgebieten schweifen? Erst vorgestern wurde einige Kilometer von Warschau entfernt, in der Nähe der Station Gola, ein verbrecherischer Ueberfall auf einen Eisenbahnzug ausgeführt, der infolge der Aufregung der Schienen auf einer längeren Strecke entgleiste, und in Warschau selbst erheben die Kommunisten das Haupt wie niemals zuvor!

Die Agitation durch Flugblätter, Aufrufe und Versammlungen nimmt einen beunruhigenden Charakter an, um so mehr als man weiß, daß nur ein kleiner Teil der Karabinieri, die in den Tagen der Straßenkämpfe an das „Volk“ verteilt worden waren, zurückgekehrt wurde. Und wenn der Minister Miodzianowski von alledem nichts weiß, so war er doch bei der Verhängung des Ausnahmezustandes im Schloß. Hatte er, als von den kommunistischen Vätern die Rufe erschallen: „Wir verlangen die Freilassung der Gefangenen! Es lebe die Arbeiter- und Bauern-Revolution!“ — die Ohren mit Watte verstopft? Einige Stunden nach der Feier im Schloß fand die Ministerratssitzung statt, die die Verhängung des Ausnahmezustandes — in Posener und in Pommerellen beschlossen, d. h. auf jenen zwei Gebieten, die für ganz Polen als Muster der Ordnung und der Wahrung des Rechts gelten können.“

## Presskonferenz des Generals Wróblewski.

Die Polnische Telegr.-Agentur (Pat.) meldet aus Krakau: Der neuernannte Kommandierende General des 5. Armeekorps, Divisionsgeneral Wróblewski, hielt am Dienstag nachmittags eine Presskonferenz ab, in der er Pressevertretern gegenüber u. a. erklärte: „Im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Zeit ist das Heer Gegenstand von Angriffen verschiedener Presselager geworden. Es wissen aber alle sehr wohl, daß das Heer ein sacro sanctum des Volkes ist, dessen Ruf nicht ohne Schaden für die Sache des Vaterlandes Gefahren ausgeht werden darf. Der Sache des Vaterlandes ohne Rücksicht auf persönliches Interesse und ohne Rücksicht auf das Interesse einer Partei zu dienen, das ist die Aufgabe des Heeres. Wie die Zeit der Geldinflation wirtschaftlich eine schwere Zeit war, so ist jetzt die Zeit der Begriffsinflation eine moralisch schwere Zeit. Es sollte im Heere angeblich eine Spaltung eingetreten sein. Das ist falsch, und man kann sich davon leicht überzeugen. Um sich überzeugen zu können, soll man nicht zu den Feiern dieses oder jenes Plattes gehen, sondern zum Heere selbst. Die Zeitung wird auch von Soldaten gelesen, in deren wenig kritischen Begriffen eine tendenziöse Darstellung militärischer Angelegenheiten die Disziplin untergräbt. Die Erörterung jeglicher Militärfragen muß unter dem Gesichtspunkt eines auf breiter Plattform stehenden Patriotismus geschehen.“

Nach der Ansprache des Generals Wróblewski sprach der Redakteur Beaupré im Namen der versammelten Journalisten dem General seinen Dank aus, worauf Professor Kosiński, der Vorsitzende des Verbandes der Krakauer Journa-

listen und Literaten, die Notwendigkeit betonte, die Vergangenheit zu vergessen und mit gemeinsamen Kräften an der Zukunft des Staates zu bauen.

## Neue polnische Disagebühren.

### Für Reichsdeutsche in Danzig.

Vom 9. Juni ab hat die polnische Poststelle in Danzig die Gebühren für die Einreise deutscher Staatsangehöriger nach Polen und für die Durchreise durch polnisches Gebiet auf Grund von Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich anderweitig geregelt.

Das Ein- und Ausreisegeld für den Zeitraum eines Monats kostet fortan in Danzig 11 Gulden, für mehrmalige Ein- und Ausreise innerhalb drei Monaten 21 Gulden.

Die Gebühr für die einmalige Durchreise (Transitvisum) beträgt 2 Gulden, für Hin- und Rückfahrt 11 Gulden.

Das Durchreisegeld für Danziger Staatsangehörige durch polnisches Gebiet kostet für Hin- und Rückfahrt nach wie vor 5,10 Gulden.

Dazu bemerkt die „Danziger Zeitung“: „Die Nachricht von der Erhöhung der Gebühr für das doppelte Transitvisum von 3 auf 11 Gulden klingt unglaublich, wenn sie nicht ausdrücklich von der polnischen Poststelle zu Danzig als gegenseitige Vereinbarung mit Deutschland erklärt worden wäre. Man kann nur dringendst wünschen, daß in dieser Angelegenheit das letzte Wort nicht gesprochen ist, damit dem Reiseverkehr nicht noch mehr Schwierigkeiten als bisher bereitet werden.“

## Der Brief v. Loebells an Hindenburg.

Berlin, 8. Juni. Der Brief des Staatsministers v. Loebell, auf den der Reichspräsident die gestern mitgeteilte Antwort erteilt hat, datiert vom 19. Mai und hatte folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

In schwerer Sorge wende ich mich an Eure Exzellenz und bitte, mich über eine Angelegenheit frei auszusprechen zu dürfen. Die mir um so mehr am Herzen liegt, als ich einen Teil der Verantwortung dafür trage, daß Eure Exzellenz sich zu dem großen Opfer der Uebernahme des Amtes des Reichspräsidenten vor Jahresfrist bereit erklärt haben. Ich weiß, daß ich im Namen vieler Millionen guter Deutscher handle, wenn ich vertrauensvoll zu Ihnen, dem Reichspräsidenten, der in allen Kreisen, Berufsständen und Parteien Deutschlands die höchste Verehrung genießt, von dieser Sorge spreche.

Seit Wochen werden nach ganz bestimmten Plänen unter den Wählern der Parteien, die sich für das sozialistisch-kommunistische Entgegnungsgezet aus dem Volksbegehren einsetzten oder die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Vätern und den ehmaligen Fürstentümern nur im Sinne einer Enteignung zu lösen versuchen. Gerüchte verbreitet, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, auch das jetzt zum Volksentscheid gestellte Gesetz vollziehen würden. Von der Gefahr einer Staatskrise und einer Präsidentenkrise könne, so heißt es in diesem Gerücht, auch nach einem Erfolg des Volksentscheides, keine Rede sein. Ich halte es für meine Pflicht, Eure Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß mit solchen falschen Behauptungen eines der wirksamsten Propagandamittel der sozialistisch-kommunistischen Agitation gewonnen wird. Die in allen bürgerlichen Kreisen an sich vorhandene Entrüstung über das Entgegnungsgezet hindert nicht, daß durch die ganz materiell eingestellte Agitation der radikalen Linken Verwirrung in die bürgerlichen Kreise hineingetragen wird, wenn nicht von höchster Stelle des Reichs aus diesen Tendenzen zur Zerrüttung des Rechtsstaats mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird. Ich sehe, obwohl es mir sehr nahe liegt, davon ab, mich politisch zur Frage der Auseinandersetzung zwischen den Vätern und den ehmaligen Fürstentümern zu äußern. Ich glaube aber aus zahllosen mir zugegangenen schriftlichen Äußerungen und mündlichen Mitteilungen entnehmen zu können, daß das gesamte deutsche Bürgertum einig ist in dem Bestreben, die Rechtsgrundlage des bürgerlichen Staates, wie sie auch die Weimarer Verfassung gibt, aufrechtzuerhalten zu wollen.

Durch die parlamentarische Behandlung dieser Frage ist das Politische stark in den Vordergrund gerückt. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte werden öffentlich nicht mehr erörtert. Man unterdrückt geflissentlich, daß es sich bei dem sozialistischen Entgegnungsgezet um den Versuch der Enteignung des Privateigentums eines zunächst engbegrenzten Kreises handelt. Man verschweigt, daß die hier erstmalig angewandte Methode durch Volksentscheid zur Enteignung des Vermögens der Kirche, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, des städtischen Hausbesitzes, der Unternehmungen der Industrie, der Banken, der Handwerker und der Arbeiter führen kann, zumal die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Möglichkeiten einer Enteignung unklar sind. Ich halte es daher für meine Pflicht, Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, darauf aufmerksam zu machen, daß den Gerüchten über Ihre Stellungnahme zum sozialistisch-kommunistischen Entgegnungsgezet mit allem Nachdruck

Sprechens um sie her kaum gewahrt wurden. Der Student erwiderte ernst:

„Danzig ist auch heute noch eine deutsche Stadt. Unsere alte Handelsstadt ist aus deutscher Kulturkraft entstanden — sie ist kerndeutsch. Wenn Sie sich für ihre Geschichte interessieren, so werden Sie immer wieder verfolgen können, daß die Stadt sich auch unter polnischer Oberhoheit ihre Freiheit und ihr Deutschtum bewahrt hat!“

Paläste war verstimmt.

In düsterem Schweigen sah er in die Nacht hinaus. Der Zug hatte in Wejherowo längere Zeit gehalten. Es war inzwischen ganz dunkel geworden. Die Lichter brannten überall. Es herrschte ein beständiges Kommen und Gehen in den Wagenabteilen, und die Nervosität und Erregtheit hatten noch zugenommen, weil man in kurzem nach der deutschen auch noch die polnische Revision erwartete.

Der kleine Wadisch in dem Abteil der beiden Herren mußte zu berichten, daß sogar eine Beamtin kommen werde, um die Damen einer Selbstinspektion zu unterziehen.

„Meine Mama mußte sich das letztemal ganz ausleiden, sogar das Haar haben sie ihr gelöst, weil manche Damen Sachen in ihrer Frisur versteckt haben.“

„Ja, — aber die Herren?“ fragte eine weibliche Stimme ganz raslos.

„Die müssen das Coupé verlassen — die Vorhänge werden zugezogen,“ erklärte die Kleine sehr energisch.

Man überlegte, wo die dicke Dame blieb. Sie war noch nicht zurückgekehrt, man wurde ernstlich beunruhigt, als der Zug anzog und den Bahnhof verließ, denn jedem konnte das Gleiche passieren.

„Man hat gewiß ihr Gepäck beschlagnahmt —“

„Arretiert hat man sie —“ rief der Wadisch triumphierend.

„Aber wie kommt sie jetzt nach Zoppot? Sie wollte doch nach Zoppot reisen? Das ist doch stark —“

„Sie brauchte ja nicht schmuggeln,“ entrüstete sich eine spitznäsige, klapperdürre Blondine, die in ihrem Gepäck zehn Pfund Zucker und vier Dutzend neue Papiersevietten versteckt hatte. „So was kommt von so was.“

(Fortsetzung folgt.)

Copyright by Carl Dancker Verlag, Berlin W. 62.

## Das rote Gemach.

Roman von E. Riefling-Valentin.

(1. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Student hatte hinterher und vergaß seinen bereits signierten Koffer zu schließen. Er sah, wie die Hände des Beamten in den Manteltaschen verschwanden, wie der Doktor in unerschütterlicher Ruhe dem Paletot einen eleganten Schwung um sich selbst gab und wie auch die Taschen der anderen Seite untersucht wurden.

Doch nichts geschah!

Der Kontrollleur wandte sich der dicken Dame zu, die als letzte übrig geblieben war, und verlangte ihren Paß. Der Paß wurde einbehalten, der Inhalt des Gepäcks einer kurzen Durchsicht unterzogen, und ehe sich noch jemand vom Erstaunen erholt hatte, zog der Mann mit der heftig jammernden Dicken und ihrem Gepäck ab.

„Aber ich versichere Sie, mein Herr —“

Der vorübergehende Schaffner sagte grinsend:

„Sie reist fortwährend zwischen Berlin und Danzig hin und her und schmuggelt wertvolle Sachen. Allmählich ist sie den Kontrollbeamten verdächtig geworden, na nu haben sie sie geschnappt —“

„Wo bringt man sie denn hin?“

„Zuerst mal ins Bahngelände nach Wejherowo —“

„Was ist Wejherowo?“

„So heißt jetzt die frühere deutsche Station Neustadt —“

„Donnerwetter, —“ sagte Doktor Beneke. „Sie haben sogar die Stationen umgetauft?“ Und er streifte mit einem Blick die polnischen Inschriften der Wagen: Nie plac. Nie zanieczyścić wagonu — Zimno — Ciepło — usw.

„Was wollen Sie, Herr Doktor? Wir sind überall die Unterlegenen,“ versetzte Paleste. „Sogar Polen war stärker als wir. So lange die Weltgeschichte besteht, gab es noch keinen solchen Fall, daß man einen Keil mitten durch ein Land hindurch getrieben hat, wie es durch den polnischen

Korridor geschehen ist! Sie wissen vielleicht gar nicht, wie es in Danzig aussieht?“

„Damals in der Antwortnote auf die deutschen Vorschläge hieß es: daß sich Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes nun von neuem in einer Lage befinde, die der während so vieler Jahrhunderte von ihm eingenommenen ähnlich läge...“

Trotzdem die Stadt dem polnischen Staate nicht einverleibt worden ist, ist ihre bisherige freie Entwicklung nun an allen Ecken gehemmt und gehindert. Am 10. Januar 1920 hat man sie trotz aller Einsprüche aus dem Verbands des preussischen Staates und des Deutschen Reiches herausgelöst!“

Sie schwielen eine Welle.

„Sie scheinen über die Geschichte meiner Vaterstadt sehr gut orientiert zu sein, Herr Doktor?“ meinte Paleste überrascht.

„Danzig ist Ihre Vaterstadt, Herr Paleste?“

„Ja, seit dem 16. Jahrhundert wurzelt unsere Familie in Danzig. Wir sind dort verschwifert und verschwägert nach allen Himmelsrichtungen, beinahe unangenehm verflochten. Glauben Sie mir,“ lächelte er, „jeder weiß, was ich als kleiner Bub in der Brothäufstraße oder in der Heiligengeiststraße für Streiche verübt, oder welcher von den vielen Vätern in der Verwandtschaft ich später am meisten den Hof gemacht habe, — man hat auch schon ganz genau festgestellt, wen ich zur Frau zu nehmen habe. Aber ich versichere Sie —“ sein frisches junges Gesicht wurde ernst und gereift im Ausdruck, — „da sollen sie sich geirrt haben, alle Tanten und Onkels! Es soll mir nicht gehen, wie meiner Schwester —“

Hier brach er plötzlich ab und schien sich zu bestimmen, daß er zu einem Fremden spreche.

Beneke half ihm gewandt über den Moment hinweg.

„Ja, lassen Sie sich nur mit dem Heiraten Zeit,“ sagte er lächelnd und gewichtig, „und vor allem — lassen Sie sich nicht dreinreden! Aber trotz dieser mannigfachen Nachteile einer weiterverbreiteten anfässigen Verwandtschaft lieben Sie Ihre Vaterstadt und lieben um Sie?“ Sie standen im Gang vor ihrem Abteil und waren so in ihr Gespräch vertieft, daß sie des Kommens und Gehens, des anaereaken-



entgegengegearbeitet werden muß und daß weit mehr, als das bisher leider geschehen ist, der Kampf gegen diese Zerstörung des bürgerlichen Rechtsstaats von der verfassungsmäßigen Regierung aufgenommen werden muß. Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, haben mit Ihrem hohen Amt die Aufgabe übernommen, die Verfassung und die Gesetze des Reichs zu wahren und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Ich bin überzeugt, daß Sie nie und nimmer ein Gesetz billigen werden, das die Gerechtigkeit mißachtet und große Teile unseres Volkes auf tiefste beunruhigen und verletzen müßte. Ich weiß bestimmt, daß Ihre Erzellenz alles tun werden, was im Bereiche Ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse liegt, um das deutsche Volk und unser Vaterland vor dieser Gefahr zu bewahren.

Deshalb richte ich an Ihre Erzellenz die Bitte, in dieser für die Stellung Deutschlands in der Welt und für die Entwicklung des deutschen Volkes in der Zukunft gleich wichtigen Frage, vor der Verantwortlichkeit — sei es in einem Erlaß an die Reichsregierung, sei es in einer Kundgebung an das deutsche Volk — persönlich Stellung zu nehmen. Welche Kreise des deutschen Volkes erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, zu hören, wie Sie dieses Volksbegehren und den nunmehr unvermeidbar gewordenen Volksentscheid annehmen und wie Sie persönlich sich zu ihm stellen werden.

Im größter Verehrung verbleibe ich Ihrer Erzellenz treu ergebenster (gcs.) von Soedel.

## Der Kampf um die lateinische Währung.

Desd. Berlin, 9. Juni.

Der Rückgang des französischen und belgischen Franc sowie der italienischen Lira und die immer wiederkehrenden Erscheinungen des plötzlichen Sturzes dieser auf der Basis der sogenannten lateinischen Münzkonvention beruhenden Währungen haben den Gedanken aufgewacht lassen, eine gemeinsame französisch-belgisch-italienische Front zur Verteidigung der Valuta zu schaffen. Allerdings sind die Voraussetzungen, unter denen sich der Zusammenbruch der italienischen Lira, des belgischen und französischen Franc vollzogen haben, infolgedessen die gleichen gewesen, als die unmittelbare Ursache hierfür in der Staatswirtschaft der drei durch den Krieg hoch verschuldeten Länder zu suchen ist. Die innerwirtschaftlichen Verhältnisse dagegen, die zu der ständigen Folge von Krisen-erscheinungen geführt haben, weisen erhebliche Verschiedenheiten auf. Frankreich vor allem hat seine schlechte Finanzlage dem Umstand zu verdanken, daß nach Aufgabe der Kriegswirtschaft für die Bilanzierung der Staatseinnahmen und -ausgaben bis vor etwa zwei Jahren jedes Augenmaß fehlte. Man hatte sich in Paris daran gewöhnt, während der Kriegszeit mit der unbeschränkten Unterstützung der Kriegführung hauptsächlich subventionierenden Mächte, der Vereinigten Staaten von Amerika und England, rechnen zu können. Darauf war das politische und wirtschaftliche Überwiegend imperialistische Tendenzen aufweisende Regierungsprogramm eines Poincaré zugeschnitten. Als die Gläubiger-mächte in Paris daran erinnerten, daß es nun bald an der Zeit wäre, den übernommenen Verpflichtungen in geeigneter Weise durch Bereitstellung größerer Deckungssummen nachzukommen, war noch in den Jahren 1922 und 1923 in Frankreich für diese anspruchsvolle Zumutung kein Verständnis vorhanden. Erst nach dem Londoner Abkommen im September 1924, als die Mahnungen der alten Kriegsverbündeten schärfer wurden, entschloß man sich in Paris auch der eigenen Schuldenregelung gegenüber Amerika und England sich mit größerer Bereitwilligkeit anzunehmen. Damals aber war bereits die innere Schuldenlast eine so große und drückende geworden, daß nur die Finanzhilfe des Bankhauses Morgan vorübergehend eine Stütze für die immer schwächer werdende Valuta bieten konnte. Inzwischen sind nun mehr als 1½ Jahre über die Verhandlungen mit dem Washingtoner Schatzamt ins Land gegangen und allen Fachmännern, die das Schulden- und Sanierungsproblem gleichzeitig zu lösen suchten, begegnete letzten Endes das gleiche Mißgeschick, da die Gläubiger rundweg die französischen Vorschläge als unzureichend ablehnten. Nunmehr, nachdem die Inflation bei der immer weiter wachsenden Kaufkraft des Franc einen für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse entscheidend werdenden Höhepunkt erreicht haben, versucht man anstrengend in Gemeinschaft mit Italien und Belgien einen neuen Ausweg zu finden, für den die Parole aus-gegeben wird: Schutz der lateinischen Währung. Der belgische Staat hat allerdings in all diesen wirtschaftlichen Fragen ein freies Bestimmungsrecht mehr. In den ausschlaggebenden Industrien des Landes sind in umfangreichem Maße französische Kapitalisten investiert. Auch die hohe Ausgaben verursachenden militärischen Lasten, die der kleine belgische Staat nach dem Krieg auf französischen Druck hin mit übernehmen mußte, stellen mittelbare Bindungen dar, welche das Geschick der belgischen Währung eng mit dem der französischen verknüpfen. Italien hat außer dem Gewicht der auf dem Lande ruhenden Kriegsschulden noch mit der Schwierigkeit zu rechnen, die einer zwar Beschäftigung bietenden, aber übermäßig entwickelten Industrie sich vor allem dadurch er-geben, daß sie die für die Produktion notwendigen Rohstoffe haupt-sächlich im Ausland laufen muß.

## Amsterdam — eine Arbeitskammer europäischer Innerer Mission.

Die Völker nähern sich wieder. Wenn man aus dem jetzt politisch so aufgeregten polnischen Posen früh um 4 Uhr abfährt, so ist man — nach dreißigjährigem Aufenthalt in dem ge-schäftlichen Berlin — quer durch ganz Deutschland hindurch bereits um 10½ Uhr abends in dem gemütlichen Amsterdam, das anlässlich der Anwesenheit der Königin in reichem Flaggenschmuck prangt (übrigens orange-bleiche Blüten neben rot-weiß-blau; doch hat dieser friedliche „Flaggenschmuck“ praktische, ästhetische, geschäftliche und dann erst „andere“ Gründe). Aber auch innerlich scheinen sich die Völker zu nähern. Nicht nur Deutsche, Oesterreicher, Ungarn, Schweizer, Holländer, Schweden, Finnländer, sondern auch Lett-land, Litauern, Polen, Tschechoslowaken sind ebenso wie Frankreich und Belgien auf dem ersten internationalen Kongress für Innere Mission vertreten. Nur Engländer und Ame-rikaner fehlen; denn es ist kein internationaler, sondern ein kontinentaler Kongress unter deutscher Führung. Und das ist gut so, weil die Masse der anglo-amerikanischen Christen so leicht wert-volle kleinere Kirchengemeinschaften einfach erdrückt.

So unterbreitet sich Amsterdam von Stockholm: Es ist alles kleiner als das Land, die Häuser, aber dafür gemütlicher, vertrau-licher. Die Sprachennot wird leicht überwunden, weil das hollän-dische dem Deutschen so ähnlich ist, viele Holländer deutsch und französisch sprechen und die Übersetzungen ins Deutsche und Fran-zösisch glänzend sind. Franzosen und Belgier arbeiten sachlich und nicht anders als gleichberechtigt mit; ihre Gabe, lebhaft und tem-peramentvoll zu sprechen, gewinnt die Herzen für die Pariser „Cause“, eine Laienbewegung zur Werbung der Franzosen für das Evangelium. Gemeinsame Räte und Aufgaben verbinden; um Liebesarbeit in Wort und Tat handelt es sich in Am-sterdam. „Kirche und Kultur“ bildet den grundsätzlichen Ausgangspunkt, vorgezogen von dem neuen Propheten schweizerischer Herkunft: Karl Barth, der wie immer überrascht, dies-mal, weil er eigentlich nicht Karl Barth war, nicht so sehr den Gegen-satz zur Kultur, zu einem weltlichen Protestantismus betonte, sondern die Kultur theologisch bestimmte als Vollendung des Schöpferswillens Gottes. Dadurch wurde die Kirche, die dem Er-schöpferswillen Gottes dient, und die so bestimmte Kultur zu Mit-telelementen des einheitsvollen Gotteswillens, der seine volle Erfüllung frei-lich erst in einer anderen Welt findet. Dasselbe Thema auf eine Einzelfrage angewandt, „Christliche Jugend und der Sport“, behandelte der Schwede Hermannsson aus Skövde in einem Vortrag, der durch die Anwesenheit der Königin auszeich-net wurde: Der Sport ein schlechter Herr, aber ein ausgezeichnete Diener für die christliche Jugend.

Nach der Jugend kam die evangelische Frauenfrage durch den berühmten Mund der Oberin von Tilling aus Oberfeld, der Wort, die die Fragen des Lebens, der Geschlechtlichkeit, der

Stellung der Frau in Staat, Volk und Kirche in aller Offenheit und Reinheit zur Lösung brachte in der Richtung einer Führer-stellung des Mannes unter gleichberechtigter Mitarbeit der Frau in Familie, Volk, Staat und Kirche im Dienst des Schöpferswillens Gottes.

Jugendarbeit, Frauenarbeit und Arbeit unter den Ge-fangenen — an diesen Verhandlungen nahm auch die Königin persönlich teil — wurde zusammengehalten unter dem Gesichtspunkt der Evangelisation der „Inneren“ Mission an den Menschen-geiern, ihnen das Evangelium als Wort Gottes nahezubringen auf immer neuen Wegen. Recht und Schranke solcher Volksmission behandelte begeistert und eindrucksvoll Prof. D. Rendtorff aus Kiel. Die französische Ruf „Weß mit, wenn ich nicht evangelisierte“ wird in den Hören unübergehen bleiben.

Nicht so belastet mit höfischen Empfindungen und Festlichkeiten wie Stockholm, gab Amsterdam bei den Besuchen in den Anstalten der Inneren Mission in Geestde und Zetten und bei dem schönen Gastmahl am Strande von Jandvoort erwünschte Gelegenheit zum persönlichen Kennenlernen und wertvollen Aussprechen über die Arbeit und die Lage der Inneren Mission in den verschiedenen Ländern. Auch in einer großen Volksversammlung geschah dies durch kurze Berichte aus 12 Ländern, durch den Rundfunk in alle Welt gesandt.

Überall führen Volks- und Seelennöte zu tatkräftiger christ-licher Gegenwartigkeit auf den verschiedensten Arbeitsgebieten der Inneren Mission, die den Menschen von der Wiege bis zum Grabe helfend, nährend, tröstend begleitet aus den Tiefen der Menschheit zu den Höhen der Gottheit, wie diese interessanten Berichte aus ganz Europa von Skandinavien bis Frankreich bewiesen, erstattet nicht von Kirchenfürsten, sondern von solchen Arbeitern der Inneren Mission.

Amsterdam — ein verheißungsvoller Anfang gemeinsamer Liebesarbeit der Völker Europas, nicht nur die Wunden des Krieges zu heilen, sondern die Welt für Christus zu erobern.

Rammel-Posen.

## Das Ergebnis des Preisausschreibens der Zeitschrift „Ostland“.

Das Preisausschreiben der Zeitschrift „Ostland“ für Wandspuch- und Postkartenpräge ist von 332 Einsendern des In- und Auslandes be-schickt worden. Das Preisrichterkollegium, bestehend aus den Herren: Stadtschreiber und Bibliothekar Dr. Adolf Schullerus, Pfarrer Hermann Klose, Hermann Roth, Dr. Richard Esaki, und Dr. Konrad Kuchbaecher, hat die Preise folgendermaßen verteilt: Der 1. Preis zu 200 R.-M. wurde zuerkannt Elise Schwarz, Riga.

Die 5 Preise zu je 20 R.-M. erhielten: Wilhelm Petri, Raps, Amalie Fleischer, Großschneern, Gbba v. Engelhardt, Riga, Prof. Heinrich Schlandt, Kronstadt, Professor Dr. O. Stiehl, Berlin.

30 Preise Jahresbezug „Ostland“ erhielten: Prof. A. Roedel, Mählbach, Dora Angermann, Gellau, Heinrich Brandisch, Rosenau (2 Preise), Georg Suller, Graibova, Carl R. Esallner, Deva, Friedrich Volker, Schloß Buchenau (Hessen), Fritz Schnerker, Ploest, Konrad Brandisch, Mediasch, Glotitche Bod. Mählbach, Siegfried v. Volkmann, Charlottensburg, J. Schöcher, Aris (Bessarabien), Gertrud Josephine, Raps, Dr. Otto Koberth, Mediasch, Amalie Wanner, Stein, Gerhard Volker, Rürnberg, Prof. Dr. R. Bacher, Wien, Mirjam v. Widmich, Neval, Marie Pelger, Stein, Dr. Emil Brekowsky, Belschitz, W. Berent, Riga, Ilse Binder, Langenthal, Pfarrer Gottlieb Brandisch, Schirnanen, Wilhelmine Goellner, Meschenhof, Amalie Fleischer, Großschneern, Gerhard A. Bid, Mediasch, Gretchen Zultner, Waldhütten, Mathilde Fabini, Mediasch, Josef Geher, Mediasch.

Die ursprünglich vorgesehenen 25 Preise mit Jahresbezug „Ost-land“ sind auf 30 erhöht worden.

Die preisgekrönten Sprüche werden im Juniheft des „Ostland“ veröffentlicht.

Die Empfänger der Preise erhalten den Betrag durch die Post zugesendet.

## Spanien und der Völkerbund.

Madrid, 10. Juni. (R.) Wie die Zeitungen melden, gab gestern im Ministerrat der Minister des Auswärtigen, Janguas, eine längere Erklärung über die Haltung Spaniens hinsichtlich der gegenwärtigen Erörterungen im Völkerbundsrat ab. Er zeigte die Telegramme des spanischen Vertreters, Boule, der infolge der Schritte gewisser Mächte bei der spanischen Regierung den Sitzungen beizuwohne. Der spanische Vertreter habe dabei im Namen des Madrider Kabinetts betont, daß seine Anwesenheit einzig und allein eine Höflichkeitserkundung Spaniens gegenüber den Mächten bedeute, die es gebeten hätten, den Sitzungen beizuwohnen. Boule habe erklärt, er gebe die Hoff-nung nicht auf, daß die spanische Frage in befriedigender Weise gelöst werden würde.

Der Ministerrat billigte einstimmig die Haltung Janguas in dieser Frage.

## Der Zwischenfall Spanien-Brasilien.

Die „Königliche Zeitung“ erzählt aus Genf folgendes: „Die spanische Regierung war tatsächlich entschlossen, überhaupt keinen Vertreter auf die Tagung zu entsenden, um damit gegen die Stellungnahme der Ratmehrheit in der Frage der ständigen Rats-sitze zu protestieren und durch ihr Fernbleiben und die darin enthaltene Austrittsdrohung einen letzten starken Druck auszu-üben. Ein Zusammengehen Spaniens und Brasiliens in dieser Angelegenheit bestand jedoch nicht. Erst gestern nacht gingen die ersten Meldungen über gefährliche Entscheidungen Spaniens hier um. Als Mello Franco hiervon erfuhr, erbat er telegraphisch von der brasilianischen Regierung die Erlaubnis, ebenfalls dem Räte fernzubleiben, da er, falls Bra-silien die spanische Gehe nicht nachahme, eine Schwächung seiner Stellung befürchten müßte. Inzwischen wirkte aber in letzter Stunde England mit äußerstem Nachdruck in Madrid ein, und zwar, wie berichtet wird, beim König selbst. Das Er-gebnis war, daß Madrid wenigstens einen Stichmann nach Genf entsandte. Der bisherige spanische Gesandte in Bern, Pa-lacios, der an dem Prüfungsausschuß teilgenommen hatte und zum Gesandten in Argentinien ernannt wurde, hatte in den letzten Tagen die Schweiz verlassen, offenbar auch schon im Inter-esse des spanischen Plans, mit feinerlicher Vertretung in Genf zu-warten. Die Gesandtschaft in Bern wurde nun von Madrid angewiesen, dem Legationsrat Quer Boule nach Genf zu schicken, aber mit dem Auftrag, nicht aktiv an den Beratungen teil-zunehmen. In der Tat erklärte Herr Quer Boule heute sofort in der Geheimkammer, daß die Regierung ihn aus Gründen diplomatischer Höflichkeit entsandt habe, daß er sich passiv verhalten werde. Diese letzte Wendung war den Bra-siliern nicht bekannt. So kam es, daß heute im Räte Spanien „passiv“ und Brasilien überhaupt nicht vertreten war. Daraufhin hat Mello Franco neue Anweisungen aus Rio de Ja-neiro erteilt, und man fragt sich, vielleicht am Mittwoch neben dem passiven Spanier auch ein passiver Brasilier sitzen wird. Ueber den ganzen Vorfall hört man hier nur mißbilli-gende Äußerungen. Es ist das erste Mal, daß Mitglieder des Völkerbundsrates sich in dieser Weise gegen den Rat auflehnen und die Autorität des höchsten Völker-bundorgans untergraben.

## Vor dem Austritt Brasiliens?

Wie die „United Press“ von gut unterrichteter Seite erzählt, dürfte Brasilien wahrscheinlich in einigen Wochen aus dem Völker-bund austreten. Diese Meldung wird unterstrichen durch einen offensichtlich verlässlichen Artikel in dem der Regierung nahe-liegenden „C. Globo“, in dem ausgeführt wird, daß Brasilien nach wie vor darauf bestehen müsse, daß dem amerika-nischen Kontinent wenigstens ein ständiger Sitz im Völker-

bundsrat zugestanden werden müsse. „Da dies nicht möglich erscheint, wird Brasilien wieder als einziger Staat für Amerika eintreten, indem es sich als einzige Nation aus dem Völkerbund zurückzieht. Da die europäischen Nationen den Völkerbund zu einer nureuropäischen Einrichtung ausbauen wollen, hält Brasilien es für das Beste, wenn es den Völkerbund seiner europäischen Bestimmung überläßt.“

## Vandervelde über die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen.

Brüssel, 10. Juni. (R.) Außenminister Vandervelde hat dem Vertreter der Polnischen Telegraphen-Agentur in Genf erklärt, der vorherrschende Eindruck aus den Besprechungen, die außerhalb der Sitzung des Völkerbundsrates stattgefunden habe, sei, daß die Frage des deutschen Eintritts auf der kommenden Sitzung keinen neuen Hindernissen begegnen werde oder wenigstens keinen unüberwindlichen. Da nun auch die Delegationen Brasiliens und Spaniens an der Sitzung des Rates teilgenommen haben, kann man hoffen, daß der Eintritt Deutsch-lands nicht mit dem Austritt beider Mächte zusam-menfallen werde.

## Das Mossulabkommen.

Die Macht des Stärkeren hat wieder einmal gesiegt, und die Türkei, deren Gebietsteile Mussolini in seine ehrgeizigen Pläne einbezieht, mußte nachgeben. England legt die Hand auf das Mossulgebiet, das ihm vom Völkerbund ohne jede rechtliche Grundlage zugesprochen wurde. Daß es die Türkei um Mossul nicht auf einen Krieg antommen lassen konnte, haben wir anlässlich der Beurteilung des türkisch-russischen Abkommens gesagt. In langwierigen Verhandlungen hat Ankara sich nun vor dem Genfer Stand gebeugt. Besonders wertvolle Konzessionen konnte es von London nicht herausholen. Zwar tritt England einen Streifen des Iraqgebietes ab; da er nur vier bis fünf englische Quadratmeilen umfaßt, ist er unwesentlich. Die Türkei erhält 10 Prozent aus den Einnahmen der Petroleum-felder auf die Dauer von 25 Jahren. Eine Weißbegünstigung wird geschaffen, die Grenze durch eine von einem Neutralen geleitete Kommission festgesetzt.

In London herrscht natürlich große Befriedigung und ver-jöhnt die öffentliche Meinung mit den bisherigen innerpolitischen Schlägen Baldwin. Nicht geringere Freude löste das Abkommen in Paris aus, da es auf der Linie der englisch-französischen Entente über die Orientpolitik liegt.

Die Veröffentlichung des unterzeichneten Textes des Mossul-abkommens wird heute erwartet. Die türkische Presse hebt, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, aus den drei Teilen und 18 Artikeln des Abkommens hervor:

1. Die vom Völkerbund festgesetzte Brüsseler Linie wird von den Parteien als unerlässlich und un-änderlich betrachtet.
2. Die Grenzlinie wird von einer besonderen Kom-mission innerhalb sechs Monaten von der Unterzeichnung des Vertrages ab festgelegt werden.
3. Nach der Unterzeichnung wird in Mesopotamien eine allgemeine Amnestie proklamiert werden.
4. Zur Aufrechterhaltung des Friedens an der Grenze wird eine neutrale Zone eingerichtet werden.
5. Die Türkei erhält 10 Prozent aus den Einnahmen der Petroleumfelder für eine Periode von 25 Jahren. Die Türkei hat das Recht, den Wert ihres Anteiles zu kapita-lisieren.

An der Spitze der Kommission, die die Grenzlinie an Ort und Stelle festlegen soll, wird ein Schweizer stehen. Nach dem „Daily Telegraph“ erkennt die Türkei das Iraqgebiet in dem Vertrage feierlich als einen selbständigen Staat an. Außer-dem enthält der Vertrag eine Antipropaganda-Klausel und eine Art Weißbegünstigungsklausel für Handel und Transit. Naturgemäß wird die Nachricht von dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen in ganz England mit großer Ge-nugung begrüßt.

## Letzte Meldungen.

### Kattowitzer Kundgebung zu Ehren Moscielski.

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur findet heute in Kattowitz auf Anregung des schlesischen Wojewoden eine Kundgebung zu Ehren des neugewählten Staatspräsidenten Moscielski statt. Das Programm sieht unter anderem einen Fest-gottesdienst, einen Militär- und Polizeivorbeimarsch und eine Feiert im Stadttheater vor.

### Hochwasser im Ober-Strömgebiet.

Frankfurt a. O., 10. Juni. (R.) Infolge der starken Nieder-schläge ist die Oder im Laufe des gestrigen Tages um 74 Zenti-meter gestiegen. Man erwartet ein weiteres Steigen gegen Ende der Woche.

### Peret über die Finanzlage Frankreichs.

Paris, 10. Juni. (R.) Finanzminister Peret erklärte im Finanzsaal des Senats, die Regierung habe den Goldbestand der Bank von Frankreich nicht angetastet und werde ihn auch nicht anrühren. Der Morgansfonds sei noch längst nicht erschöpft.

### Eisenbahnunglück in Südafrika.

London, 10. Juni. (R.) Aus Kapstadt wird gemeldet: Bei Sakriver, 2 Meilen von Kapstadt entfernt, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Fünfzehn Leichen sind bereits aus den Trümmern geborgen worden. 40–50 Menschen wurden verletzt.

## Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Strömer; für Stadt und Land: Rudolf Verbrichtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baeher; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Strömer; für den Anzeigenteil: S. Schwarzkopff, Kosmos Sp. z. o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Pagnaz, ul. Zwierzynska 6.

# KINO APOLLO

Vorstellungen: 4½, 6½, 8½; Vorstellungen: 4½, 6½, 8½.

Sensationelles, erotisches Drama

## „Die Frau ohne Makel“

In den Hauptrollen:  
**Liane Haid**  
**Harry Liedtke** **Alfons Fryland**

Vorverkauf von 12–2.





Als Generalvertreter der Firma Carl Platz, Ludwigshafen, empfehlen wir die von derselben hergestellten

## Zerstäubungsapparate

zur Bekämpfung pilzlicher und tierischer Schädlinge in Wald-, Obst- und Gartenbau, sowie die nach dem neuesten Stande der Wissenschaft zweckmäßigsten Chemikalien und Tinkturen der Firma Bayer und anderer. Empfehlen Obstbaumkarbolium, Uraniagrün, Kupfer-vitriol, Raupenleim und Baumwachs.

Prospekte und Informationen bereitwilligst.  
**Drogerja Universum**  
Poznań, ul. Fr. Ratajczaka Nr. 38.

**Seit 25 Jahren**

in allen Erdteilen erprobt und verbreitet sind

## Original-Weck-Einkochgläser

Ich habe einen Waggon hereinbekommen und bin zur Zeit in der Lage, jeden Auftrag prompt auszuführen. Da nur ein geringes Kontingent Einkochgläser zur Einfuhr freigegeben ist, empfiehlt sich baldiger Einkauf des diesjährigen Gläserbedarfs.

**E. SCHULZ,**

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

**Wolsztyn (Wlkp.).**

Telephon 34.

## Größeres Gut

bis 1000 Morgen, bester Boden, gegen hohe Anzahlung zu kaufen gesucht. Off. erb. u. 1276 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Gebrauchte, aber gut erhaltene

## Kugelmühle für Ziegeleibetrieb

zu kaufen gesucht. Off. erb. u. 1277 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

## Prima Kalksandsteine

gibt ab **Fa. P. Schulz, Gostyn.**

## Beständig allein

### ist der Wechsel,

wenn er dem Gesetz entsprechend ausgestellt ist.

Wollen Sie sich Verdruß und Kosten ersparen, dann kaufen Sie sich die Broschüre „Die Nebengesetze zum Wechsel- und Scheckrecht“

Aus dem Inhalte:

Die Stempelgebühr von Wechseln, Fristen, Blankowechsel, Grundlage der Berechnung, Protestierung der in Postaufträgen übersandten Wechsel, Die zur Anfertigung von Wechsel- und Scheckprotesten berechtigten Gerichtsorgane, Die Wechselblanketts in Floty-Valuta, Die amtlichen Wechselblanketts mit Text.

Preis 1,50 Floty.

Die Broschüre ist zum selben Preise auch in polnischer Sprache erschienen.

Auch die Anschaffung dieses Teiles wird dringend empfohlen, damit der Originaltext der Verordnungen im Verkehr mit den Behörden sofort zur Hand ist.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlage: Drukarnia Concordia, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Spezial-

## AUTOKOFFER

für Reisen unbedingt nötig zu jedem Automobil zum Befestigen am Hinterteil des Autos auf dem Gepäckträger, liefert **Józef Degórski**, Karosseriefabrik, Poznań, ul. Dąbrowskiego 88. Für Wiederverkäufer hoher Rabatt

Die Verlobung unserer Tochter  
**Charlotte**  
mit Herrn  
**Hermann Kirschstein**  
geben mir hiermit bekannt.

**Arthur Rothe u. Frau**  
Gertrud, geb. Striemski.

Leszno, Juni 1926.

Meine Verlobung mit  
Fräulein

**Charlotte Rothe**  
Tochter des Herrn  
Arthur Rothe und seiner  
Frau Gemahlin Gertrud  
geb. Striemski, gebe  
ich hiermit bekannt.

**Hermann Kirschstein**

Amerikanische Original-

## Massey Harris

**Grasmäher 4 1/2 Fuß**  
**Getreidemäher**

mit Stahlblechtisch, 5 Fuß

**Garbenbinder, 5 Fuß**  
**Schwadenrechen 3 m.**  
**Petroleum-Motore**

gegen zinsfreien KREDIT

**Pferderechen ganz aus**  
**Schleifsteine Stahl-Eisen**  
**Vorderwagen**

liefert ab Lager

**Związkowa Centrala Maszyn T. A.**

**Poznań, ul. Wjazdowa 9.**

Telegr.-Adr.: „Cemata“.

Telephon 2280 und 2289.

## Toilette-Seife

**Miaflor** beseitigt alle Hautunreinigkeiten.

**Loran**, Luxus-toiletteseife von unerreichter Qualität und prachtvollem starkem Parfüm.

**à la Glycerine** für zarten Teint.

**Przemysławka** mit bekanntem Eau de Cologne - Geruch der „Przemysławka“ erfrischt und erhält den Teint jungendfrisch und zart.

**Fleurs de Stambul**, Seifenkörper in bester Qualität, starker, schwüler, orientalischer Geruch.

Original nur mit Firma **Henryk Zak**, Parfümerie u. Seifenfabrik.

## Gesucht Landwirt, Teilhaber

ehrenh. Charakter, gebildet, erfahren, alleinstehend, im 48.-56. Jahre. Größe des Gutes 1950 Morgen; ca. 50 000 zł erforderlich zwecks Erbrechtregulierung. **Seitrat nicht ausgeführt.** Offerten unter 1280 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

## Arbeitsmarkt

**Wirtschafts-Assistenten oder Eleven**

sucht zum 1. Juli 1926 **Reichle, Rymanowo**, poczta **Powidz**, pow. **Wittkowo**.

Wir suchen für das Hauptgut einer Herrschaft einen erfahrenen, energischen, unverheirateten

## Beamten

nicht unter 25 Jahre alt. **Arbeitgeberverband** für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen, Poznań, ul. **Slowackiego 8**.

**Damen**, welche Kochen, Waschen usw. erlernen wollen, finden Aufnahme. **Poznań**, **Aleje Marcinkowskiego 2**, **Fr. M. Schmidt Kossak**.

**Junges Mädchen** findet Aufnahme zur Erlernung der Küche, sowie Kochen, Waschen, Einmachen. **Frau Rattay**, **Poznań**, ul. **Działynski 9**.

## Einfache, evangelische Wirtschafterin

für kleinen frauenl. Landhaushalt, zum 1. Juli gesucht. Zeugnisse und Gehaltsantrag unter **D. 2. 1275** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Fräulein

über 22 Jahre, intell., geschäftstüchtig, anhänglich, geschäftlich, zum 1. Juli gesucht. Spr. mächtig. Off. u. **1179** a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

**Dienstmädchen**, evang., mit guten Zeugnissen für Haushalt, polnisch sprechend, gesucht. Anfragen **Poznań**, **Pietars 10** I. Etage rechts.

## Stellengefunde

## Suche Stellung als Vorstehende

Habe meine Vehrzeit beendet, bin 19 Jahre alt, evgl., der deutschen und poln. Sprache mächtig. Offerten unter **1274** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Gesundes, reines Blut. Frische gesunde Gesichtsfarbe.

Zu haben in der

**Kruschen-Salz**

Gesunder Magen, Leber, Nieren, Stoffwechsel, Verdauung.

**Drogerja Warszawska, Poznań**, ul. 27. Grudnia 11.

## Gesucht für Bürozwicke 15 bis 20 geeignete Zimmer

oder geeignete Räumlichkeiten in entsprechender Größe. Angebote unter **1282** an die Geschäftsst. dieses Blattes.

## Ankäufer u. Verkäufer Gute Laute

oder Gitarre zu kaufen gesucht. Angeb. unt. **1273** an die Geschäftsst. d. Blattes.

**Flügel oder Klavier** zu kaufen gesucht. Händler ausgeschl. Offerten unt. **1233** an die Geschäftsstelle d. Bl.

**2 Lokomobilen, 20 u. 12 PS., 2 Benzinmotore, 10 PS., 2 Universal - Fräsmaschinen, 2 Federhämmer**, sehr gut erhalten, verkauft preiswert. **Ing. Klotz, Bydgoszcz**, **Grodzka 30**. Tel. 1545.

**2 geb. gut erhaltene Grasmäher** „Deering“ mit Handablagen hat billig abzugeben. **G. Scherfke, Poznań**, **Dąbrowskiego 93**.

Frisch entleerte **Weinfässer** Inhalt je 130 bis 300 Ltr. haben abzugeben. **NYKA & POSŁUSZNY** Weingroßhandlung **Poznań**, ul. **Wrocławska 33/34**. Telephon 1194.

## Getreidemähmaschinen

Syst. **Cornick** (Deutsche Werke) in gebiegender Ausführung, habe auch gegen Teilzahlung abzugeben. **G. Scherfke**, Maschinenfabrik, **Poznań**, ul. **Dąbrowskiego 93**.

Preiswert zu verkaufen: **Gut erhaltene Echinm-Einrichtung**, hell Eiche, Ruchemayisch, desgleichen 1 Eisenbett 1 Spiegel, 1 Kinderbett 1 Spiegel, 1 Wäschekabine u. div. Hausrat. **Poznań**, ul. **Działynski 3** III r. (fr. Raumannstr.)

**Scheibenbüchse** (verb. Nydt) Zirkel-Schäftung, Präc.-Schuß, wenig gebraucht, sofort verkäuflich. Angebote u. **1281** an die Geschäftsst. d. Bl.

**Junges Mädchen** sucht per sofort oder später Stellung in bess. Haushalt, auch Landhaushalt. Kochen perfekt. Angebote unter **1278** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

## Eheaufgebot

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Ehe miteinander eingegangen wollen:

1. **Hermann Georg Zimmermann**, Bankangestellter, wohnhaft in Pforzheim vorher Berlin und Magdeburg; 2. **Anna Alma Mathilde Griefinger**, Kontoristin, wohnhaft in Pforzheim.

Einfachen gegen diese Eheschließung sind binnen 14 Tagen an den unterzeichneten Standesbeamten zu richten.

Pforzheim, den 4. Juni 1926

Der Standesbeamte: **Fassing**.

## Musikunterricht

erteilt in allen Fächern speziell: Violine, Mandoline, Gitarre u. Blasinstrumente. **Poznań**, ul. **Śniadeckich 11** III (fr. Herderstr. — Lazarus). Für Vereine u. Festlichkeiten empfehle **Streich- und Blasmusik**.

## Loße

der staatl. Klassenlotterie 1/4 Los 3. Klasse 30 zł.

1/2 3. 60

Verkauf bei Voreinsendung des Betrages ohne Portoauschlag.

**F. Rekosiewicz, Kol-Rawicz, Ring 1.**

## Hohe Belohnung!!

Wertvoller, goldener **Damenring** mit Edelsteinen abhandeln gekommen. Welches Geschäft hat aus Privatband solchen an gekauft? Auskunft unt. **1249** an die Geschäftsst. d. Blattes.

**Bestellungen** auf alle

**Fachwissenschaftlichen Journale**, rechtswissenschaftliche, medizinische, philosophische, pädagogische, land- u. forstwissenschaftliche, naturwissenschaftliche, technische usw. werden vor 1. Juli erbeten. Verendung nach auswärtig unt. **Streisand**. — Empfehl. besonders: **Deutsche Zeigerzeitung**, **Wild u. Hund** u. andere. Auch **Rundfunk** und **Radio-Amateur** usw. usw.

**Buchhandlung der Drukarnia Concordia Aka. Poznań**, ul. **Zwierzyniecka 6**.

**Die beste Bezugsquelle** für Messing - Schrauben, Muttern, Fassonstücke und Dreharbeiten liefert prompt und zu billigsten Preisen **W. Zgola**, Metall-Schraubenfabrik und Fassonverlei, **Poznań**, ul. **Grottera 4**. Tel. 6293. Tel. 6293.

## Zu verkaufen:

**1 Wasserfaß**, 1000 Liter rund 125 zł, **1 Wasserfaß** 3000 Liter, edig, 250 zł. Beide Faßs aus gesundem starken Blech.

**„Sigma“** **Poznań**, **Mickiewicza 36**, Telephon 63-37.







## Handelspolitik und Handelsverträge.

Von Professor Wittschewsky.

In dem Augenblick, wo unsere wirtschaftlichen Kreise mit gespannter Aufmerksamkeit den Fortgang der deutsch-polnischen Verhandlungen verfolgen, dürfte folgender Artikel eines bekannten deutschen Wirtschaftlers zeitgemäß sein. In großen Zügen werden Zweck und Ziel dargelegt, die von der deutschen Regierung und Wirtschaft beim Neuabschluss von Handelsverträgen verfolgt werden. D. Red.

Der Weltkrieg und die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit haben der Handelsvertragspolitik im allgemeinen ein völlig verändertes Gepräge gegeben. Nicht zum wenigsten in Deutschland. Vergewegen wir uns das Aufblühen der deutschen Wirtschaft etwa in der Zeit von 1900—1913, so werden wir zugeben müssen, daß unsere Handelspolitik damals sich auf dem richtigen Wege befunden hat. Sie war auf zwei Hauptziele gerichtet: der einheimischen landwirtschaftlichen und industriellen Arbeit einen maßvollen Zollschutz dem Auslande gegenüber zu gewähren und den deutschen Erzeugnissen einen erfolgreichen Absatz auf den Weltmärkten zu sichern. Die auf Grund des Zollltarifs von 1902 (in Kraft seit 1906) in den nachfolgenden Jahren eingeleiteten Handelsverträge boten durch sehr weitgehende tarifliche Zugeständnisse eine brauchbare Plattform für den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen. Wie nach Ausbruch des Krieges das handelspolitische System Europas in Trümmer fiel, ist allbekannt. Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit den Gegnern hörten sofort auf, während der Verkehr mit den Neutralen in dem Tempo erschwert wurde, als der „Wirtschaftskrieg“ an Schärfe zunahm. Von seinen überseeischen Verbindungen war Deutschland schließlich mittelbar so gut wie ganz abgeschnitten. Den Gegnern Deutschlands standen alle Produktionskräfte der Weltwirtschaft zur Verfügung. Je länger der Krieg dauerte, desto schärfer bildete sich der Gegensatz heraus: Nutzbarmachung der gesamten Weltwirtschaft auf der einen, volkswirtschaftliche Isolierung auf der anderen Seite. Nach den furchtbaren Entbehrungen der Kriegsjahre gab der Versailler Vertrag der deutschen Wirtschaft einen neuen Stoß. Durch ihn wurde die deutsche Handelspolitik schwer gefesselt, indem Deutschland einseitig die Gewährung der Meistbegünstigung an die Entente ohne Einschränkung, ohne Kündigungsmöglichkeit, ohne Gegenleistung auf 5 Jahre, bis zum 10. Januar 1925 auferlegt wurde. Die Regierung war dadurch in ihrer Betätigung, insbesondere bei jedem Versuch, zu Vereinbarungen zu gelangen, behindert. Die infame Fessel ist mit dem 10. Januar 1925 gesprengt worden. Nachdem Deutschland seine handelspolitische Bewegungsfreiheit im wesentlichen zurückerhalten hatte, stand es vor der schwierigen Aufgabe, seine gesamte Handelspolitik neu aufzubauen.

Für die Neuordnung der deutschen Handelspolitik nach dem Kriege war zunächst noch der autonome Zollltarif vom 25. Dezember 1902 maßgebend. Zwar hatte derselbe durch die Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft viele einschneidende Änderungen erfahren, die kaum übersehbare Menge der Notstandsverordnungen mußte aber wieder beseitigt werden, wenn der Außenhandel in Gang gebracht werden sollte. Dabei war die Rückkehr zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit ausgeschlossen, denn die Grundlagen des Welthandels waren total verschoben. Die Industrialisierung der Rohstoffländer, die Beherrschung wichtiger Handelsgebiete durch einige wirtschaftliche Großmächte und die überall vordringenden schutzzölnischen Tendenzen erschwerten die Wiederanknüpfung weltwirtschaftlicher Beziehungen. Während andere Staaten, wie Österreich, Polen, Belgien usw. mit der Fertigstellung eines auf ihre neuzeitlichen Forderungen zugeschnittenen Zollltarifs sich eilte hatten, konnte die deutsche Regierung als Rüstzeug für die Vertragsverhandlungen vorerst nur die kleine Zollltarifvorlage herausbringen. Daß dieses handelspolitische Instrument trotz mancher Verschärfung gegen früher unzulänglich war, ist von vielen Seiten, besonders auch aus den Kreisen der inländischen Interessengruppen, tadelnd hervorgehoben worden. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß eine umfassende Revision des Zollltarifs eine bessere Übersicht über die Währungs- und Preisverhältnisse voraussetzt, als wie sie unter den Nachwirkungen der Inflation zu ermöglichen war. Es darf auch nicht verkannt werden, daß der schutzzölnische Charakter des Tarifentwurfs auf den entschiedenen Widerspruch derjenigen Wirtschaftspolitik stieß, welche eine Neugestaltung der Handelspolitik nach freiheitlichen Grundsätzen, als ein vaterländisches Gebot befürworteten. Es sei nur an die Kundgebung der nationalökonomischen Wissenschaftler im Verein für Sozialpolitik erinnert.

Welche Gestalt der endgültige neue Zollltarif haben wird, mag im Hinblick auf die unausgeglichenen gegensätzlichen Strömungen dahingestellt bleiben. Wie aus den in letzter Zeit abgeschlossenen oder noch schwebenden Handelsverträgen zu sehen ist, sind die deutschen Unterhändler bemüht, die beiden Leitgedanken unserer Handelspolitik zur Anerkennung zu bringen, nämlich einmal, daß den nationalen Produktionszweigen der ihnen gebührende Schutz gegen die fremde Konkurrenz gewährt wird, und dann, daß die auswärtigen Absatzmärkte den deutschen Waren breiter erschlossen werden. Die deutschen Delegierten haben gegenüber der starren Verteidigung der Zollltarifankern seitens der Vertragsgegner leider einen sehr schweren Stand. Nicht einmal das als selbstverständlich geltende Prinzip der vollen Meistbegünstigung konnte in allen Fällen durchgesetzt werden. Auf die Schwierigkeiten der handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den einzelnen Ländern kann hier nicht eingegangen werden, ohne in die Wirtschaftsbedingungen der Fremdstaaten uns zu vertiefen. Die politische und wirtschaftliche Schwäche Deutschlands nötigt uns zur Nachgiebigkeit, um einem beide Teile schädigenden Zollltarif entgegenzuweichen. Allerdings werden durch die Unsicherheit der Währungslage auch Staaten wie Polen und Frankreich zu einer ihnen unbequemen Rücksichtnahme veranlaßt. Erfreulich ist die durch ein Zugeständnis an die Weineinfuhr herbeigeführte Erledigung des Konfliktes mit Spanien. England führt trotz der zugesicherten Meistbegünstigung einen versteckten Handelskrieg gegen die deutsche Wareneinfuhr, vor allem Farbstoffe, Textilien u. a. m. Mit Schweden ist ein brauchbarer Handelsvertrag, der beiden Teilen Vorteile einträgt, soeben ratifiziert worden. Mit anderen Staaten wird noch verhandelt, um wenigstens ein Provisorium zu schaffen.

(OWN) Über die Verpachtung der staatlichen polnischen Naphthaerwerke „Polmin“ (Panstwowa Fabryka Olejów Mineralnych) gingen in den letzten Tagen allerlei Gerüchte um. Hiervon dürfte soviel wahr gewesen sein, daß gewisse Verhandlungen mit der Standard Oil Co. geschwebt haben, die aber wohl kaum eine direkte Verpachtung der „Polmin“ zum Gegenstand gehabt haben. Jedenfalls lassen sowohl das Finanzministerium wie das Handelsministerium ausdrücklich erklären, daß eine solche Verpachtung niemals in Frage gekommen sei. Das Geschäftsjahr 1925 habe für die „Polmin“ mit einem Gewinn von 2.555.808 Zloty abgeschlossen. Von einzelnen Blättern wurde übrigens als Verhandlungskontrahent die Gesellschaft „Bracia Nobel“ genannt. Dies dürfte darauf beruhen, daß die Nobel-Gesellschaft schon seit Jahren einen gewissen Einfluß auf das Geschäftsgebar der „Polmin“ hat, da sie deren Erzeugnisse im Inlande fast ausschließlich und im Auslande zum Teil vertreibt. Dieser Einfluß trat besonders bei den sich viele Monate hinziehenden Verhandlungen über die Bildung des Kartells der polnischen Naphthaerfabriken hervor. In Warschau wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Verpachtungsgesuche Wiener Kreisen entstammen, die den Verlust ihres Einflusses in der polnischen Naphthaerindustrie zugunsten des amerikanischen Kapitals befürchten.

(OWN) Die Produktion von Kalisalen in Polen belief sich im 1. Quartal 1926 auf 57.645 t, davon 19.245 t Kainit und 38.400 t Sylvinat. Von der Gesamtmenge wurden in Kalusz 40.027 t, in

Stebnik 17.618 t gefördert. Gegenüber dem 1. Quartal des Vorjahres ist die Produktion um 19,1 Prozent und gegenüber dem 4. Quartal 1925 um 59,2 Prozent gestiegen. Infolge der erhöhten Produktion in beiden Grubenwerken und wegen verhältnismäßig geringen Absatzes waren die Vorräte der Gruben ziemlich bedeutend, sie betrugen 30.221 t. Der Absatz im 1. Vierteljahr belief sich im In- und Auslande zusammen auf 71.008 t, davon 23.188 t Kainit und 47.820 t Sylvinat. Der Export ist sowohl gegenüber dem 1. wie dem 4. Quartal 1925 gestiegen, war aber noch immer unbedeutend und betrug nur 5.507 t gegenüber 3.246 t im 4. und 1905 t im 1. Quartal 1925. Der Verbrauch inländischer Produktion in Polen betrug in der Berichtsperiode 65.501 t gegenüber 15.772 t im 4. Quartal, erhöhte sich also um 315 Prozent, was allerdings nur als Saisonerscheinung betrachtet werden darf. Da die Einfuhr von Kalisalen aus Deutschland verboten ist und sich andererseits die polnische Landwirtschaft in schwieriger finanzieller Lage befindet, ist die Einfuhr von Salzen gegenüber dem 1. Quartal des Vorjahres um 78,3 Prozent zurückgegangen und belief sich nur auf 8486 t. Die Einfuhr im 4. Quartal des Vorjahres war noch geringer und betrug 1154 t. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist gegenüber den anderen beiden Vergleichsperioden gestiegen und belief sich auf 442 Arbeiter in Kalusz und 141 Arbeiter in Stebnik.

(OWN) Der polnische Flachs- und Hanfmarkt war in den letzten Tagen wenig belebt. Es wurden in Dollar notiert: gehechelter Flachs 30, roher Flachs 22, Flachsberg I. Qualität 20, II. 14, gehechelter Hanf 24, ungehechelter 16, Hanfberg 12 je 100 kg loco Verladestation. Die Tendenz für Flachs ist schwach, für Hanf stärker. Der Bedarf richtet sich fast ausschließlich auf inländische Ware.

(OWN) Die polnischen Monopolgebühren für die Einfuhr von Tabakwaren sind durch Verordnung im „Dziennik Ustaw“ Nr. 55 mit Wirkung vom 4. Juni erhöht worden. Sie betragen jetzt für Tabak, der durch Privatpersonen eingeführt wird, in Blättern und Bündeln mit oder ohne Rippen sowie für Tabakrippenabfälle und -staub 12 Zloty je kg netto, für Grobschnitt für Pfeifen, für Tabak in Rollen oder gewickelt 90 Zloty je kg, für Zigarren und Zigarillos 300 Zloty; für feingeschnittenen Zigarettentabak 90 Zloty je kg und für Zigaretten 100 Zloty je kg.

Die deutsche Bankgesetznovelle, die von Reparationskommission und Reichsrat genehmigt wurde, hat folgenden Wortlaut. Der § 21, der den Geschäftskreis der Reichsbank behandelt, soll einen Zusatz erhalten, wonach die Bank auch befugt ist:

„Vom Reich begebene Schatzwechsel, welche nach spätestens drei Monaten fällig sind und aus dem außer dem Reich noch ein weiterer als zahlungsfähiger bekannter Verpflichteter haftet, zu diskontieren, zu kaufen und zu verkaufen. Der jeweilige Bestand der auf Grund dieser Vorschrift durch Diskontierung oder Kauf erworbenen und beliehenen Schatzwechsel des Reichs darf zusammen Rm. 400 Mill. nicht übersteigen.“

Die Erteilung zinsbarer Darlehen auf nicht länger als drei Monate gegen bewegliche Pfänder, soll innerhalb der vorgesehenen Begrenzung auch gestattet sein: „gegen vom Reich begebene Schatzwechsel, welche nach spätestens drei Monaten fällig sind, mit einem Abschlag von mindestens 5 Proz. ihres Kurswertes.“ Die 95proz. Lombardierung ist bekanntlich bisher schon für Privatwechsel gestattet.

## Märkte.

Getreide. Warschau, 9. Juni. Im Privatverkehr gestalteten sich die Preise franko Verladestation folgendermaßen: Roggen 30, Weizen 48—50, je nach Güte und Entfernung von der Verladestation. Gerste zur Grütze 28, Braugerste 31, Roggenmehl 50proz. 52, Roggenkleie aus der Provinz 21, Lupine 18, Tendenz im allgemeinen ungeklärt.

Kattowitz, 9. Juni. Inlandsweizen 51—54, zum Export 62—64, Roggen zum Export 36—38, Hafer zum Export 39—42. Franko Empfangsstation: Leinkuchen 43—44,50, Rapskuchen 34 bis 36, Weizenkleie 24—26, Roggenkleie 24,50—26, Tendenz schwach.

Danzig, 9. Juni. Amtliche Notierungen unverändert. Zufuhr: Weizen 15, Roggen 310, Gerste 165, Hafer 25, Erbsen 190, Kleie 15. Nicht amtliche Notierungen auch unverändert.

Hamburg, 9. Juni. Notierungen von Auslandsgetreide für 100 kg cif in holl. Gulden für Juni. Weizen: Manitoba I 16,85, II 16,45, III 16, Rosaf 73 kg 14,65, Baruso 76½ kg 15, Gerste: donauruss. 9,75, La Plata 60 kg 9,25, Malting Barley 9,50, Roggen Western Rye 10,75, Mais La Plata loco 8,45, Donaubessarab. 7,80, La Plata 7,95, Hafer Canada Western II 10,40, Unclipped Plata 8,65, Clipped Plata 10,05, Canada Fez 10.

Berlin, 10. Juni. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. —, pomm. —, Juli 296½—297, September 272—271½, Oktober —, Roggen: märk. 177—182, pomm. —, Juli 198—198½, Sept. 206½—206, Okt. —, Gerste: Sommergerste 187—200, Futter- und Wintergerste 173—186, Hafer: märk. 195—206, Juni —, Juli 193, Sept. —, Mais: Mai —, loco Berlin —, Sept. —, Weizenmehl: fr. Berlin 37,25—39,50, Roggenmehl: fr. Berlin 25,25—26,75, Weizenkleie: fr. Berl. 9,75, Roggenkleie: fr. Berlin 11,30—11,40, Raps: —, Leinsaat: —, Viktoriaerbsen: 36,00—46,00, Kleine Speiseerbsen: 27,00—33,00, Futtererbsen: 22,00—27,00, Petuschken: 22,00—27,00, Ackerbohnen: 23,00—26,00, Wicken: 32,00—35,00, Lupinen: blau 13,50—15,50, Lupinen: gelb 17,50—19,50, Geradella: neue —, Rapskuchen: 13,70—13,90, Leinkuchen: 17,60—17,80, Trockenschnitzel: 9,90—10,30, Sojaschrot: 19,50 bis 19,80, Torfmelasse: 30/70 —, Kartoffelflocken: 20,30—20,60. — Tendenz für Weizen: fester, Roggen: stetig, Gerste: stetig, Hafer: stetig.

Chicago, 8. Juni. Schlußbörse. Cts. für 1 bushel. Weizen: Redwinter II loco 154½, für Juli 142½—142½, September 137½ bis 137½, Dezember 139½—139½, mixed III loco 154, Roggen II loco 92½, für Juli 91½, September 94½, Dezember 97½, Mais gelb II loco 75, weiß II loco 75½, gemischt 74½, für Juli 75½ bis 75½, September 80—79½, Dezember 80½—80½, Hafer weiß II loco 42½, für Juli 42½, September 43½, Dezember 44½—45, Gerste: Malting loco 63—73. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Baumwolle. Bremen, 9. Juni. Amtl. Notierungen in Cts. für 1 kg. 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf, in Klammern Geschäft. Amerik. Baumwolle loco 20,36, für Juli 19,19—19,15 (19,18), Dezember 18,24—18,18 (18,18), Januar 18,13—18,12 (18,12), März 18,35—18,32, Mai 18,43—18,37. Tendenz fest.

Holz. Białowieś, 9. Juni. Binnenmarkt pro Kubikmeter: Zimmermannsbretter beschitten 40—45, kleinere Tischlerbretter 70 bei geringem Bedarf. Kantholz und Latten 45—48.

Futtermittel. Krakau, 9. Juni. Preise für 100 kg loco Krakau. Altes Stroh 14—15, Langstroh 4,50—5, alter Futterklee 16—17.

Metalle. Warschau, 9. Juni. Das Handelshaus A. Gerner gibt folgende Richtpreise für Halbfabrikate auf dem Warschauer Metallmarkt in Zloty pro kg an: Aluminiumblech 10, Zinkblech Grundpreis 2,25, Zinkdraht 5,80, Aluminiumdraht 12.

Berlin, 9. Juni. Amtl. Notierungen in Reichsmark pro kg. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 131¼, Raffinadekupfer 99—99,3% 1,17½ bis 1,18½, Standard 1,14¼—1,15¼, Orig. Hüttenrohnick (fr. Verkehr) 0,66—0,67, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgröße 0,59 bis 0,60, Orig. Hüttenaluminium 98—99% in Blocks, Barren, gew. und gez. 2,35—2,40, in Barren, gew. und gez. 2,40—2,50, Reinnickel 98—99% 3,40—3,50, Antimon Regulus 1,10—1,15.

Edelmetalle. Berlin, 9. Juni. Silber 900 fein in Barren 89¼—89½, Gold im fr. Verkehr 2,79—2,82, Platin im fr. Verkehr 12½—13 Reichsmark pro Gramm.

## Posener Börse.

	10.6.	9.6.		10.6.	9.6.
6 listy zbożowe ..	8.20	8.00	Bk. Sp. Zar. I.-XI..	4.00	4.00
8 dolar. listy .....	5.70	5.05	Herzf.-Vikt. I.-III..	10.00	10.00
	5.60	5.50	Dr. R. May I.-V..	20.50	—
5 Poż. konwers. ..	0.30	—	Plótto I.-III..	0.08	—
10 Poż. kolejowa ..	—	1.30	Unja I.-III..	—	4.00
Bk. Przemysł. I.-II..	1.00	1.00	Wytw. Chem. I.-VI..	—	0.40

Tendenz: anhaltend.

Wie die Posener Effektenbörse mitteilt, werden vom 9. Juni ab Aktien in Zloty pro Stück notiert und nicht wie bisher für 1000 Mark nominal. Dadurch ist eine Änderung in der Aktiennotierung derjenigen Gesellschaften eingetreten, die bereits Zlotyaktien herausgegeben haben. Dies betrifft folgende Aktien: Browar Krotoszyński für 30 Zloty nom., H. Cegielski für 50 Zloty nom., Centrala Skór für 100 Zloty nom., Goplana für 10, C. Hartwig für 50 Zloty nom., Herzfeld Viktorius für 50 Zloty nom., Młyn Poznański für 100 Zloty nom., Unja (fr. Ventzke) für 12 Zloty nom., Wisła für 15 Zloty nom.

## Warschauer Börse.

	10.6.	9.6.		10.6.	9.6.
Devisen (Mittelk.)	10.6.	9.6.	Paris .....	29.85	30.05
Amsterdam ..	402.75	402.70	Prag .....	29.70	29.70
Berlin ..	238.89	238.90	Wien .....	141.55	141.55
London ..	48.76	48.76½	Zürich .....	194.00	193.97½
Newyork ..	10.00	10.00			

\*) über London errechnet.

Tendenz: behauptet.

	10.6.	9.6.		10.6.	9.6.
Effekten:	10.6.	9.6.	Kop. Wegli (Gold)	38.00	37.00
8% P. P. Konwers.	—	153	Nobel III.—V....	—	1.50
5%	32.50	32.00	Lilpop I.—IV....	0.50	0.52
6% Poż. Dolar ..	68.50	68.60	Modzejow. I.—VII.	—	1.60
	(685¼)	(686.00)	Ostrowieckiel.—VII.	3.35	3.50
10% Poż. Kolej. S.L.	152.00	150.00	Starachow. I.—VIII	0.84	1.84
Bank Dysk. I.—VII.	50.00	50.50	Zieleniewski I.—V..	—	—
B. Mand. W. XI.—XII.	5.10	5.10	Zyrdow .....	6.90	6.75
B. Zachodni I.—VI..	—	1.40	Borkowski I.—VIII.	—	—
Chodorow I.—VII...	—	3.50	Haberbusch i Sch.	5.00	—
W. T. F. Cukru .....	1.50	1.55	Majewski .....	—	—

Tendenz: behauptet.

## Danziger Börse.

Devisen:	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
	Geld	Geld		Geld	Geld
London ..	25.21	25.21	Berlin ..	123.246	123.554
Newyork ..	—	—	Warschau	51.44	51.56
Noten:					
London ..	—	—	Berlin ..	123.296	123.604
Newyork ..	—	—	Polen ..	51.64	51.76
				51.44	51.61

## Berliner Börse.

	10.6.	9.6.		10.6.	9.6.
Devisen (Geldk.)	10.6.	9.6.	Devisen (Geldk.)	10.6.	9.6.
London .....	20.411	20.412	Kopenhagen .....	111.25	111.08
Newyork .....	4.195	4.195	Oslo .....	93.19	93.16
Rio de Janeiro ..	0.646	0.652	Paris .....	12.50	12.51
Amsterdam .....	168.58	168.59	Prag .....	12.419	12.415
Brüssel .....	12.56	12.74	Schweiz .....	81.195	81.19
Danzig .....	80.96	80.94	Bulgarien .....	3.05	3.05
Helsingfors .....	10.55	10.552	Stockholm .....	112.38	112.33
Italien .....	15.33	15.52	Budapest .....	5.868	5.868
Jugoslawien .....	7.40	7.404	Wien .....	59.25	59.24

(Anfangskurse).

	10.6.	9.6.		10.6.	9.6.
Effekten:	10.6.	9.6.	Görl. Wagg. ..	29½	29½
Harp. Bgb. ..	139½	—	Rheinmet. ..	23½	22½
Katt. Bgb. ..	124	12½	Kahlbaum ..	122½	120½
Laurahütte ..	37	36¾	Schulth. Patzenh	189½	184½
Obshl. Eisenb. ..	54	54	Dtsch. Petr. ..	—	—
Obshl. Ind. ..	58½	59	Hapag .....	139½	139½
Dtsch. Kali ..	—	—	Dtsch. Bk. ....	136	132½
Farbenindustrie ..	199	190	Disc. Com. ....	132	129½
A. B. G. ....	123¼	—			

Tendenz: sehr fest, später abschwächend.

Ostdevisen. Berlin, 10. Juni, 2<sup>30</sup> nachm. Anszahlung Warschau 41.14—41.36, Große Polen 41.24—41.66, Kleine Polen 41.14—41.66 (100 Rm. = 241.78—243.07 Zl.).

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 10. Juni, vormittags 12<sup>30</sup> Uhr. (R.) Die Börse eröffnete in sehr fester Haltung. Die Aufwärtsbewegung macht allenthalben Fortschritte durch bedeutende Kaufaufträge des Auslandes. Farbenindustrie 190.

Die Bank Polski, Posen, zahlte am 10. Juni, 11 Uhr vormittags, für 1 Dollar 9.98, 1 engl. Pfund 48.64, 100 Schw. Franken 193.49, 100 franz. Franken 29.98, 100 deutsche Reichsmark 237.80, 100 Danziger Gulden 193.01.

Die Bank Polski zahlte am 9. Juni für Goldmünzen: Rubel 5.11, Mark 2.37, Krone 2.01, lateinische Einheit 1.92, Dollar 9.98, Pfund 48.42, türk. Pfund 43.71, skand. Kronen 2.66, holl. Gulden 3.99, Dukaten 22.75, 1 Gramm Feinmetall 6.63, Silbermünzen: Rubel 3.51, (Bilon) 1.30—1.40, Mark 0.97, Gulden 2.16, Kronen 0.81, 1 Gramm Feinmetall 0.19½.

1 Gramm Feingold wurde für den 10. Juni auf 6.6462 Zl. festgesetzt. (M. P. Nr. 128 vom 9. Juni 1926.) (1 Goldzloty gleich 1.9295 Zl.).

Der Zloty am 9. Juni 1926. (Überw. Warschau.) London: 50, Zürich: 47.75, Riga: 56, Newyork: 9.25, Bukarest: 23, Czernowitz: 23.50, Wien: 69½—70, Noten: 68.70—69.70, Prag: 319½—325½, Noten 332½—335½, Budapest: Noten 7050—7350.

Dollarparitäten am 10. Juni in Warschau 10.00 Zl. Danzig 10.06 Zl. Berlin 10.18 Zl.

Zur Diskontermäßigung der Reichsbank. In der Zentralausschussung der Reichsbank verglich Reichsbankpräsident Dr. Schacht zur Begründung der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6½ Proz. die Lage der Reichsbank von Ende März, dem Zeitpunkt der letzten Diskontherabsetzung, mit der von Ende Mai. Er stellte dabei fest, daß sich die Inanspruchnahme der Reichsbank in der Zwischenzeit nicht unwesentlich vermindert habe. Die Bestände der Bank an Wechseln, Schecks und Lombardforderungen betrugen Ende März, einschließlich der rediskontierten Summen, 1707 Millionen und Ende Mai 1369 Millionen, also 338 Millionen weniger. Diese Senkung entfällt überwiegend auf die Inlands-kreditgewährung der Bank. Die Zinssätze für tägliches Geld und Monatsgeld, für Privatkonten und bankgierte Warenwechsel seien gleichfalls zurückgegangen. Wenn auch die Momente, die zur Flüssigkeit des offenen Geldmarktes beitrugen, zum Teil vorübergehender Natur seien, so könnte sich doch die Reichsbank der Zinsbildung am freien Markt nicht entziehen und müsse überdies wünschen, der Wirtschaft alle Vorteile einer Ermäßigung ihrer Diskontrate zukommen zu lassen. Allerdings lasse die labile Geldmarkt- und Wirtschaftslage ein vorsichtiges Vorgehen angezeigt erscheinen. Man gehe deshalb nur um ½ Proz. herunter und mache eine weitere Ermäßigung abhängig von der Entwicklung der nächsten Wochen.

Voraussichtliche Rekordweizenernte in den Vereinigten Staaten. Wie aus Chicago gemeldet wird, liegt dort ein amtlicher Bericht vor, daß die diesjährige Weizenernte im Staate Oklahoma eine solche Höhe erreichen dürfte, wie sie größer in der Geschichte dieses Staates erst einmal zu verzeichnen war. Diese Nachricht wirkte sich am dortigen Weizenmarkt besonders während der letzten Umsätze aus.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.